„schwimmenden Arbeiter", welche er so zu verabscheuen scheint, einen eben so starken Wunsch zu leben haben wie er oder irgend ein anderes menschliches Wesen? Nur dies ist der Grund, warum sie der Jonni meldet sich zur Stelle, wo immer es Arbeit gibt, sind.

Dürfen wir vielleicht erwähnen, daß das Individuum, das durch die moderne Technik, durch bessere Organisierung der Betriebe, seine Arbeit verloren hat, ein Recht hat, nicht für ewig verdammt zu sein den Makel der Arbeitslosigkeit zu tragen, den es sich ohne sein Verschulden zugezogen hat. Arbeitshände genug für die Bauunternehmer, sind wir der Vogel Straß und sehen nicht die Gefahren, welche uns als „Arbeiter" bedrohen?

Kann unser heiliger Bruder erklären, wie er seine Organisation aufrechterhalten will, indem er die ausschließt, die nicht mit ihm einer Meinung sind und die beschimpft und herumstößt, die durch die heutigen Umstände gezwungen sind, weite Entfernungen zu reisen um Arbeit zu finden und ihr Leben zu fristen?

Gerade durch ihre eigenen Abmachungen mit den Arbeitgebern beschwören sie diese Zustände herauf. Mit dem Streikrecht haben sie sich des letzten Mittels begeben, ihre Mitglieder zu schützen.

Die moderne Industrie hat alle Privilegien des berufsstolzen Handwerkers zerstört, er muß sich einreihen in die gemeine Herde der Arbeiterklasse und so erneut das Recht der Selbstbehauptung, der Selbstverteidigung wieder finden, nur der gemeinsame Klassenkampf kann hier helfen, einen anderen Weg gibt es nicht."

Wir sehen also, daß auch die IWW. sich gezwungen sieht, sich mühevoll durch reformistische Kämpfe den Weg zum direkten Klassenkampf zu bahnen, wie weit sie sich durch eigene Unklarheit noch den Weg versperrt, bedarf noch einer näheren Untersuchung.

Wenn man ihren eigenen Blättern Glauben schenken darf, sind sie trotz der brutalen Angriffe der Polizei im langsamen Vordringen begriffen, abgesehen von ihrer verhältnismäßig kleinen Mitgliederzahl fängt ihr Einfluß erst jetzt an, weitere Kreise der gelernten Berufe zu ergreifen. Trotz der formal rückständigen Verfassung, kann zur Zeit in Amerika von einer revolutionären Massenstimmung kaum die Rede sein. Auch hier heißt es, kalten Blutes die Wirkungen des Krieges und der drohenden Kriegsgefahr zu beobachten. Vielleicht wird die Verschärfung der Gesetze, die es der Willkür jeden Richters überläßt, lästige Ausländer auszuweisen, auf die Verschärfung des Klassenkampfes da drüben schließen.

Die „Bescheidenen"

Die KPD. rechnete mit nur 5 Millionen Stimmen.

„Der Funke" früher „Taktik und Organisation" heißt ein Blättchen der KPD. Berlin-Brandenburg, daß den Funktionären zur Plauderei offen steht. In diesem können sie schon etwas mehr sagen, als in den Tageszeitung. In der Nummer 6. Jahrgang 3. vom 25. März 1925 lesen wir da unter: **„Die Republikaner' und die Präsidentenwahl"** folgenden Absatz.

„Wir Kommunisten werden allen Ausgebeuteten klar machen, daß jede Stimme für den kommunistischen Kandidaten eine Demonstration gegen die Bourgeoisie mit allen ihren Parteien und Fraktionen (inklusive der SPD.) ist, eine Demonstration für den proletarischen Klassenkampf.

Wir Kommunisten werden allen Ausgebeuteten klar machen, daß 5 Millionen, abgegeben für den kommunistischen Kandidaten, politisch mehr bedeuten, als 7 Millionen, abgegeben für die SPD. und dazu noch 7 Millionen für die Deutschnationalen.

Wir Kommunisten werden den Arbeitern klar sagen, daß wir alleln bereit sind, wenn wir die Mehrheit im zweiten Wahlgang erhalten würden, tatsächlich etwas mit der Präsidentschaft anzufangen (den § 48 kennen wir: genau sogar).

Nun hat sich ja der Wunsch der 5 Millionen Stimmen nicht erfüllt, im Gegenteil, die „revolutionären" Wahlen zum Possenspiel des Kommunismus zu machen, gelingt schließlich einmal, vielleicht auch zweimal, aber dann hat sich solch Karneval überlebt.

Für den zweiten Wahlgang hat nun die KPD. dadurch, daß keine Stichwahl stattfindet, sondern alle und schließlich noch mehr Kandidaten aufgestellt werden können und derjenige, der die Stimmenmehrheit hat, als gewählt gilt, ungeheures Glück. Sie wäre sonst vor die einfache parlamentarische Formel gestellt worden, sich klar zu entscheiden auch unter der „linken" Führung, ob sie das „größe" Uebel Hindenburg, dem der Krieg wie ein Stahlbad bekam und der sich 1918 nicht schnell genug hinter die Arbeiter- und Soldatenräte stellen konnte, oder das „kleinere" Uebel, dem Jesuiten Marx, den Kämpfer für den geistigen „Rückschritt" wählen würde. Dies blieb ihr leider erspart. Jedenfalls hätte die Welt etwas zu lachen gehabt, wenn sie die Vierhäfte und die Verdrehung der „linken" leninistischen Halbgötter hätte sehen können.

Durch die Aufstellung des Kuttenbruders Marx für den Weimarer Heerhaufen hat die KPD. nun direkt ein Himmelsgeschenk erhalten. Sie reflektiert ja sehr stark auf die Freidenker innerhalb der SPD., doch diese Sorte, die sich mit den religiösen Narren der SPD. sehr gut vertragen, die ja auch als angebliche Pazifisten an dem Blutwich Noske und Konsorten keinen Anstoß nahmen, werden aus Parteidisziplin der eine Teil und aus materiellen Gründen der gesicherten Existenz, als Adolf Hoffmann, Anna Nehmitz, und Konsorten, keine offene Propaganda gegen Marx machen. Wie sie selbst stimmen, kann ja nur „Gott, der der Allmächtige" ergründen, vorausgesetzt, daß er ein Interesse an diesen seinen gewissenlosen Schafen hat.

Trotzdem für Thälmann, der doch wirklich aus der Kirche raus ist, nur gute Faktoren in Frage kommen, ist die KPD. schon etwas bescheidener geworden. Die „Rote Fahne" vom 9. April rechnet nicht für den zweiten Wahlgang wie der „Funke" für den ersten mit 5 Millionen, sondern nur noch mit 4 Millionen. Wenn alle Anwesenden trügen, wird sie sich wohl auch diesesmal bescheiden müssen. So weit unsere Kraft reicht, werden wir den Massen klarlegen und beweisen, daß jede Stimme, die dem bürgerlichen Wahlrumel bewußt vorenthalten wird, mehr Wert, als zehn Stimmen für Thälmann. Wer bewußt nicht wählt, ist gegen die Bourgeoisie in jeder Form, auch gegen die sich im roten Kleid zeigende Führerbourgeoisie, ist gegen das Kapital und all seine Machtinstitutionen, **ist für die die proletarische Revolution, für den Kommunismus, für die proletarische Herrschaftsform, den Rätestaat.**

Zur englisch-russischen Gewerkschaftskonferenz

Am Montag, den 6. April wurde in London die Konferenz der englischen und russischen Gewerkschaftsdelegation eröffnet.

Die russischen Vertreter heißen: Tomski, Michailoff, Melnitschansky, Aviloff, Lepse und Tschernichowa.

Die englischen heißen: Purzell, Tillett, Walker, Swales, Hicks und Bramley.

Die „Rote Fahne", Nr. 80, vom 8. April, entnehmen wir noch folgenden Bericht:

„Die bürgerliche Presse Englands hat gegen die russische Delegation eine wüste Hetze eingeleitet. Sie schreibt von der „roten Bedrohung der englischen Gewerkschaften" und von „roter Verschwörung". Da die bürgerliche Presse die russische Gewerkschaftsdelegation verdächtigt, zum Zweck der bolschewistischen Propaganda nach England gekommen zu sein, veröffentlicht „D. H." den Lebenslauf der Delegierten, um zu zeigen, daß es sich durchweg um alte, erfahrene und verdiente russische Gewerkschaftsführer handelt.

(WTB.) London, 6. April. Auf der heutigen ersten Konferenz sprach der russische Vorsitzende Tomski den Wunsch aus, eine Einheit des Zieles zwischen den russischen Arbeitern und denen der anderen Länder zwecks Bekämpfung des organisierten Kapitalismus herzustellen. **Er betonte, ein offener Meinungsaustausch sei erforderlich, bevor die Russen sich der Bewegung der Amsterdamer Internationale anschließen könnten. Die Russen hätten keine Angst davor, unter den Einfluß Amsterdams zu kommen,** sie seien aber überrascht, daß die Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes den Anschein erweckten, als ob sie zu vermeiden wünschten, unter den Einfluß der russischen Vertreter zu geraten. **Eine offene Erörterung werde sicherlich zur Beseitigung von Mißverständnissen führen."**

Wahrlich, weit genug sind schon die Vertreter der „einzigsten" Arbeiterpartei.

Man bedenke: Die „D. H.", das Blatt der englischen Sozialisten, denen die deutsche Sozialdemokratie noch zu „radikal" ist, (halt dich fest) veröffentlicht den Lebenslauf der Moskauer Götter, damit die Bourgeoisie Englands sieht, wie harmlos diese „alten verdienten Gewerkschaftler" Rußlands sind. - Wenn Worte einen Sinn haben sollen, so heißt dieses: Wer das Prädikat: „Gewerkschaftler" hat und davor noch setzen kann: „alt, erfahren und verdient", der ist ungefährlich für die Bourgeoisie, der ist salonfähig, der ist zu jedem Dienst für die Bourgeoisie bereit, was fürs Proletariat bedeutet, zu dem Verrat bereit.

Und so ist es. Ueber die Geschichtsfälschung- und klitterung betreffs der alten russischen verdienten Gewerkschaftsführern mögen mal die KPD.-Genossen Rosa Luxemburgs Broschüren durchlesen:

Massenstreik-Partei und Gewerkschaften! und Sozialreform oder Revolution?

Dann werden sie erfahren, daß die russischen Gewerkschaften bis 1917 im Oktober nicht als Gewerkschaften im westeuropäischen Sinne anzusprechen sind, folgedessen auch die russische Delegation, und dies gilt für sie nicht als Ehre, erst nach dem Oktober 1917 das sein kann, was man in Westeuropa eben unter einem „alten, erfahrenen und verdienten" Gewerkschaftler versteht, nämlich so einen schuftigen Lumpen engros.

Im übrigen möchten wir unterstreichen, daß eine offene Erörterung bald zur Beseitigung der Mißverständnisse führen wird, und daß die Russen keine Angst haben, unter den Einfluß Amsterdams zu kommen, sondern sich dort sehr wohl fühlen werden, weil sie ja dort schon zu Hause sind.

„Alte, erfahrene und verdiente Gewerkschaftler" gehören eben in das statistische Büro der Weltbourgeoisie, d. h. in die Amsterdamer Internationale.

Aber keine klassenbewußten Proletarier, dies sollten endlich auch die Proletarier der KPD. begreifen.

Der deutsche Arbeiter als Weihkuli

In der „DAZ.", dem Blatt des Stinneskonzerns vom 8. April lesen wir:

„Die deutschen Lokomotiven für Südafrika.

Johannesburg, 7. 4. Die Eisenbahnverwaltg. teilt mit, daß die Zahl für die Union in München bestellten Lokomotiven 15 und nicht, wie behauptet, 21 sei. Der Gesamtpreis beträgt 150 000 Pfund, ein amerikanisches auf 120 000 Pfund. **Man 150 000 Pfund, ein amerikanisches auf 120 000 Pfund. Man erklärt sich die große Differenz durch die niedrigen deutschen Löhne,** da die Materialkosten in Deutschland und England dieselben seien. Wäre das englische Angebot nur 10 v. H. höher als das deutsche gewesen, so wäre es wahrscheinlich angenommen worden. Angesichts des bestehenden Preisunterschiedes aber konnte die Eisenbahnverwaltung das deutsche Angebot nicht unberücksichtigt lassen."

Trotz seiner ununterbrochenen gewerkschaftlichen Siege seit 1918 muß sich das deutsche Proletariat von seinem gewerkschaftlichen Todfeind zynisch bestätigen lassen, daß es das billigste Ausbeutungsobjekt der ganzen Erde ist. Es hat schon seine Richtigkeit, dieses geflügelte Wort des unorganisierten ehemaligen Holzhauers von Bielefeld, der jetzt sich seine Einsamkeit - von der „demokratischen republikanischen" Preußenregierung mit monatlich 50 000 G.-Mk. bezahlen läßt:

„Preußen in Deutschland und Deutschland in der Welt voran!

Und dieses wird solange der Fall, bis sich das Proletariat seiner geschichtlichen Aufgabe als Klasse bewußt wird. Dann ist's allerdings auch mit jeglicher Führerherrlichkeit vorbei. Weil dieses die gesamte Führerbourgeoisie weiß, angefangen bei Noske und aufwärts bei Thälmann, darum verteidigen sie mit aller Macht die Grundlage ihrer Herrschaft, die freigelben Berufs- und Fachorganisationen, freie Gewerkschaften genannt. Getreu dem Prinzip der Bourgeoisie

Teile und herrsche

entsprechend.

Ausland

Skandinavischer Brief

(Fortsetzung.)

Die nordschleswig'sche Frage.

Die Regelung der nordschleswigschen Frage ist eine Frage der hohen Politik und findet seitens der Arbeiterschaft nicht die gebührende Beachtung. Trotz der durch den Versailler Frieden gebotenen Volksabstimmung, die die Meinung für Dänemark ergab, wollen die Chauvinisten beiderseits der Grenzen sich mit dem Resultat zufrieden geben. Die zerfahrene Politik der deutschen Sozialdemokraten trägt ein volles Maß Schuld daran, daß diese Frage nicht eine bessere Lösung fand.

Durch die Anerkennung des Versailler Vertrages ist, juridisch gesehen, die Abstimmung und die dadurch notwendig gewordene Abtretung eines Teiles von Nordschleswig an Dänemark gültig. Da die Anerkennung und Unterschrift des Vertrages von Versailles durch einen Sozialdemokraten geschah (Leinert), sollte man vermeinen, daß auch die Sozialdemokratie durch ihre offizielle Vertretung in der Regierung, sowohl des Reiches als auch Preußens, sich mit dem Resultat der Abstimmung zufrieden gebe und den nunmehrigen Zustand als status quo anerkennen würde. Die Erklärungen, besonders die der deutsch-nationalen Partei im preuß. Abgeordnetenhause, daß diese den Vertrag von Versailles nicht anerkennen und insbesondere nicht die Abtretung preußisch-deutschen Gebietes, und dessen Rückgabe verlangen, die offenen und versteckten Drohungen, können nicht überraschend wirken. Für die Oeffentlichkeit (nicht für den eingeweihten Politiker) muß es doch überraschend wirken, daß im selben Augenblicke, da die dänische und deutsche sozialdemokratische Parteizentrale ein Abkommen dahingehend getroffen haben, den nunmehrigen Zustand als Status quo anzuerkennen und all ihren Einfluß in den betreffenden Ländern aufzubieten, einer Abänderung des nunmehrigen Zustandes entgegenzuwirken. Als Entgelt für die Zusage seitens des deutschen Parteivorstandes, bezahlte die dänische Sozialdemokratie einen Betrag von 28 000 dän. Kronen an die Redaktion der sozialdemokratischen Organe in Nordschleswig. (Der Betrag ist der ungefähre oder sogar mehr, hier versagt die Erinnerung.) Das im Augenblicke des hier geschilderten Abkommens Herr Minister des Innern von Preußen — Severing — auf die deutsch-nationale Anfrage aufsteht und erklärt: Niemals werde das deutsche Volk seine Zustimmung zur Abtretung deutschen Gebietes erteilen — ist doch ein starkes Stück. Sollte Herr Severing von den getroffenen Verhandlungen zwischen den Vorständen der dänischen und deutschen sozialdem. Parteien keine Kenntnis besessen haben, auch nicht von den Judaspfennigen, die die sozialdemokratische Parteizentrale aus den Kassen der Gewerkschaften nahm (besser gesagt aus den Taschen der Arbeiter stahl)? Wir können daran nicht glauben. Oder aus welchen trüben Quellen flossen sonst diese Mittel. Dänemarkt hat ja auch seinen Verein für Heimatschutz, den „Sönderjydske Fond"?

Das auf beiden Seiten mit Bismarck'schen Methoden gearbeitet wird, beweist nachfolgendes:

Der „Sönderjydske Fond" arbeitet mit Millionen-Etat beiderseits der Grenzen. Süd der Grenze unter der Flagge der „phylantropischen und kulturellen Arbeit." Dänische Schulen, finanzielle Stütze für Vereine zur Hebung der dänischen Kultur, Lungensanatorien, Stipendien zum Besuch dänischer Schulen und Hochschulen usw. Stärkung des Dänentums ist die Parole. Selbstverständlich sitzt im engeren Vorstande des „Sönderjydsken Fonds" auch ein Repräsentant der sönderjydsken Arbeiter und Kriegsinvaliden: Sozialdemokrat, der ehemalige Unabhängige und „Revolutionär" J. P. Nielsen und stützt kräftig diese chauvinistische und völkerverhetzende Arbeit.

Deutscherseits arbeitet man mit den Mitteln des Schwer- und Groß-Agrarischen, des Staatskapitals und mit den Mitteln des Vereins für Heimatschutz. Die Bismarcksche Germanisierungs-Methode aus der ehemaligen Provinz Polen, hat man nach Nordschleswig überführt und findet seine Stütze in der nicht geringen deutschen Minderzahl. Sobald ein Besitz oder ein Gut Gut aus dänischen Händen in deutsche Hände übergeht, erhebt man dänischer Seits ein fürchterliches Geschrei, alles dienlich zur chauvinistischen Verhetzung der Massen. Daß aber die meisten der dänischen Rittergüter im Besitze deutscher Adeliger sich befinden, die heute in Deutschland als Volk und Reichs- und Landtage repräsentieren, morgen in Dänemark im Folks- und Landthinget als echte dänische Patrioten auftreten oder sogar im englischen Reiche — Repräsentanten des Volkes mimen, darüber kein Wort.

Die dänische Presse und Offizianten sind wegen des Schicksals ihres geliebten Sönderjyllands, welches unter so ungeheuren finanziellen Opfern für das geliebte Vaterland zurückerworben wurde, durch das Schreiben der deutschen Regierung an den Völkerbund bezgl. einer Lösung des Sicherheitsproblems in die größte Unruhe versetzt.

In diesem Schreiben (welches nebenbei bemerkt die dänische Presse als von England inspiriert bezeichnet) gibt Deutschland zu erkennen, den Zustand ostwärts nicht als Status quo anzuerkennen — also mit anderen Worten: eine Rückzahe der an Polen usw. abgetretenen Gebiete zu verlangen. Dieses, zusammen mit den o. a. Gründen bezgl. des Versailler Vertrages und der seitens Deutschland bzw. Preußen bisher verweigerten Ratifizierung des deutsch-dänischen Uebereinkommens vom Jahre 1922, macht den dänischen Patrioten von der Sozialdemokratie bis zu den Konservativen befürchten, daß Deutschland, wenn nicht gutwillig eine Rückgabe Nordschleswigs erfolgt, es dieses sich mit Gewalt holen wird.

„Politiken" schreibt neulich in Bezug auf das versteckte Verlangen Deutschlands in seinem Schreiben wegen der Sicherheitsfrage, an den Völkerbund: Entweder Revision bezüglich der Ostgrenzen, Wiedervereinigung Ost- mit Westpreußen (welches Aufhebung des Danziger Korridors bedeutet) oder Krieg. Lösung ist das Schwert.

Ein Volksparteilicher Reichspräsident, mit Unterstützung der Deutschnationalen, wird in Bezug auf die abgetretenen Gebiete außenpolitische Verwickelungen oder Krieg bedeuten.

Die Verantwortung hierfür lastet auf den Schultern der bis ins innerste Mark verkommenen Sozialdemokratie und nicht zuletzt auf den Schultern der für die Emanzipation der Ausgebeuteten noch weit gefährlicheren Sektionen der „Kommunistischen" Internationale. (Siehe Ruhrkrieg und Oktober 1923.)

(Schluß folgt.)

Mitteilungen

Niedriger hängen!

In den verschiedensten Zeitungen der KPD. im Reiche erscheint folgende Notiz:

Die frühere KAPD. für Thälmann.

Köthen, 24. März. Die Köthener Ortsgruppe der KAP. beschloß einstimmig, zur KPD. überzutreten und sofort mit allen Kräften für die Präsidentenwahl einzutreten.

Da wir seit zwei Jahren in Köthen keine Organisation mehr haben, kann selbstverständlich keine Gruppe von uns übergetreten sein.

Wir sehen in dieser Pressenotiz nichts weiter als einen Bluff der KPD.-Zentrale, um die zweifelnden KPD.-Proletarier, die an den Schwindel der Parlaments- oder Reichspräsidentenwahl selbst nicht mehr glauben, wieder an die Wahlkosetts zu treiben.

Der geschäftsführende Haupt-Ausschuß der KAPD.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). Mittwoch, den 15. April 1925, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung, Hindenburg-Schule, Guerickestr. 32. Erscheinen aller Genossen ist wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich.

Achtung! Bezirksführer! Die Sitzung der Zentrale am Dienstag, den 14. April fällt aus. Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 21. April, an bekannter Stelle statt.

Die kassierten Beiträge sind den Zeitungsobleuten mitzugeben.

Genossen! Haltet Eure Zeitung hoch! Sammelt für den Pressefond!

„Rote Jugend"

Kampforgan der KAJ., Nr. 3/4 — März/April 1925 mit dem Inhalt:

Jungarbeiter, fühlst Du die Ketten? — Laß Eure Hämmer kreisen! — Die Revolution ist tot, es lebe die Revolution! — Deutsche Märzrevolution 1848 und Pariser Kommune 1871. — Aus den Betrieben. — Rundschau.

soeben erschienen!

Zu beziehen durch die KAJ. und die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O. 17, Warschauer Straße 49.

Verantwortl. Red. und Herausgeber: Otto Schernell, Berlin. Druck: Willy Jszdonat, Berlin O. 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 29

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

April 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 496 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Parlamentarische Manöver

(W. T. B. Paris, 10. April.)

„Das Kabinett Herriot ist im Senat zu Fall gebracht worden. Es lagen zwei Tagesordnungen vor, eine von Bienvenu-Martin, die der Regierung das Vertrauen des Senats ausdrückt und eine von Cheroud im Namen der Opposition, die die Finanzpolitik der Regierung tadelt. Die Regierung erklärte, daß sie zur Tagesordnung Bienvenu-Martins die Vertrauensfrage stelle. Es wurde zunächst über die Priorität der beiden Tagesordnungen abgestimmt und dann entschied der Senat mit 156 gegen 132 Stimmen sich für die Tagesordnung Cheroud. Da die Regierung auch für die Priorität die Vertrauensfrage gestellt hatte, ist sie in Minderheit versetzt worden. Im Anschluß an die Senatssitzung begab sich Herriot zum Präsidenten Doumergue, um ihm die Demission des Kabinetts zu erklären."

So wie in Deutschland die Wahlkomödie um den Reichspräsidenten, tritt auch diese politische Begebenheit Frankreichs in den Vordergrund der gesamten Presse. Alles ist gespannt auf die Wandlungen, die sich mit diesen politischen Veränderungen vollziehen. Die gesamten parlamentspolitischen Parteien von rechts bis zur KPD. versuchen die Volksmassen, die Arbeiterklasse in diesen Bann zu ziehen, und sie im Interesse der jeweiligen Partei für diese Erscheinungen auf dem Boden kapitalistischer Staatspolitik zu interessieren.

Der nüchterne Beobachter der Staatspolitik weiß, daß alle diese Momente, die den Massen auf der politischen Weltbühne vorgespielt werden, nur negative Erscheinungen der innerpolitischen Verhältnisse der kapitalistischen Staats- und Wirtschaftspolitik sind.

Das revolutionäre Proletariat muß erkennen, daß alle diese Aenderungen sich im Interesse der kapitalistischen Staatspolitik, aber nie im Interesse des Proletariats oder des Klassenkampfes vollziehen. Sie entstehen und stehen unter dem Einfluß der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, und sind die Erscheinungen der Existenzbedingung des gesamten Parlamentarismus.

Herriot muß ebensogut wie ein Macdonald in England nach einer vom kapitalistischen Staat bestimmten Regierungsperiode — wieder von der politischen Bildfläche verschwinden, um im Interesse der Staatswirtschaft Frankreichs einer geeigneteren Person Platz zu machen, ebenso wie ein Hindenbärg seine Person mit dem Vertrauensvotum der Massen nur im Interesse des deutschen Staates, d. h. seines Kapitalismus einzusetzen hat.

Das demokratische Wahlsystem ändert an dieser Sache, die in dem Recht, der Macht des Kapitals fundiert, nicht das Geringste. Das jeweilige Herrschaftssystem mit seiner wirtschaftlichen Macht bestimmt die politische Einstellung des Staates. Diese Macht übt entgegen allen Ablenkungsmanövern von Parlamentswandlungen durch den gesamten demokratischen Parlamentsrummel heute nach wie vor der Kapitalismus aus. Der Parlamentarismus ist lediglich dazu da, diese Tatsache zu verschleiern.

Alle Veränderungen im Parlament bedingten nur die Belebung der notwendigen Autorität des Parlaments vor den Massen im Interesse einer neuen staatspolitischen Aera. Sie entspringen den unsicheren Wirtschafts- oder Staatsverhältnissen der revolutionären Nachkriegszeit, den vielen Wiederbelebungsversuchen des gesamten Kapitalismus. Fast in allen Staaten der Welt vollziehen sich diese Veränderungen je nach der Sicherheit der inneren Staatsverhältnisse mehr oder weniger. Im großen und ganzen sind sie auf der Tagesordnung. Denn soviel Umstellungs-, soviel Belebungsversuche das Kapital im Interesse seines Staates anbahnt, so oft wird sich im Interesse der Massenverdummung eine Veränderung in der Staatsgeschäftsleitung nötig machen.

Die Geschichte der Parlamentsumwälzungen seit Beginn der Revolution, seit Beginn der Unsicherheit der einzelnen Staaten des Weltkapitalismus, hat dafür die besten Beweise geliefert. Allen Staaten voran stand in dieser Beziehung, bestimmt durch die Kriegsvernichtung und die inneren revolutionären Erscheinungen, Deutschland.

Die deutsche Staatspolitik verlangte im Interesse ihres kapitalistischen Wirtschaftsaufbaues, unter der Leitung der Sozialdemokratie, eine doppelt und dreifache Ablenkungskampagne. Bei jedem neuen kapitalistischen Wirtschaftsvorstoß trat ein Wechsel der Staatsgeschäftsleitung ein. Es macht sich hier nicht nötig, alle die Ministerkrisen aufzuzeigen, die eine neue Staatsaera einleiteten.

Dasselbe tritt auch bei der Kabinettskrise, dem Sturz Herriots in Frankreich in Erscheinung. Herriot trat auf den Plan, um die siegestrunkene chauvinistische Staatspolitik, die zur wirtschaftlichen Selbstvernichtung Frankreichs, d. h. der französischen Großindustrie, führte, über die pazifistische Aera Hand in Hand mit dem englischen Macdonald, in die Aera der Verständigung des Großkapitals im Sinne der Weltmachtentwicklung und der intensiveren Ausbeutung des Proletariats umzuleiten.

Es war eine gleich ähnliche Rolle, die das Kabinett Hilferding in Deutschland gespielt.

Heute, wo sich in Frankreich die Staatsvernichtung, die Wirtschafts- und Finanzkrise bemerkbar macht, wo eine große Inflation einsetzt, die Widersprüche innerhalb des französischen Kapitalismus wieder unvermeidlich auftauchen, die unter Herriot verschleiert wurden, muß das Kabinett Herriot für schuldig gesprochen werden und verschwinden.

Auf der Basis der Inflation und der Staatskrise muß eine neue nicht kompromittierte Regierungsautorität den politischen Akt des Kapitalismus, die Einigungsbestrebungen und anderseits die intensivere Ausbeutung der Proletarier fortführen. Der Strick, an dem Herriot aufgehängt wurde, mußte logischer Weise, wie auch bei Hilferding in Deutschland, der krasseste Ausdruck der Staatswirtschaft, die Finanzfrage, die Finanzpolitik sein.

Die Aufgabe des Proletariats muß es sein, an diesen Ereignissen des Staates, die unter ganz bestimmten Verhältnissen sich widerspiegeln, die Rolle des Parlaments, der Staatsregierung zu erkennen. Nirgends tritt der Wert des demokratischen Systems besser in Erscheinung wie in diesen Geschichtsbildern.

Das Kabinett Herriot, das durch die Bestimmung der Demokratie an seine Stelle gesetzt wurde, d. h. im Interesse der damaligen Staatsverhältnisse, wird vom Kapital durch den Senat, in dem eine bürgerliche Mehrheit ist, seines Amtes enthoben, und bis „auf weiteres" nach Hause geschickt.

Dies ist die Taktik des internationalen Kapitals in jedem Staat, die Rolle der gewählten Staatsregierung, nämlich die Wirklichkeit der kapitalistischen Politik zu verschleiern.

Die Aufgabe des Proletariats muß sein, dieser Verdummung, die von allen parlamentarischen Parteien gestützt wird, dadurch ein Ende zu machen, daß man diesen Staat mit allen seinen Vertretern und Lakeien durch die Revolution international vernichtet.

Pöhner tödlich verunglückt

Der erst vor kurzem amnestierte faschistische Oberlandgerichtsrat Pöhner, gewesener Polizeipräsident in München, bekannt aus dem Hitler-Putsch, der zur Erholung nach dem Chiemsee mit seiner Familie fahren wollte, um sich dort von der anstrengenden, nur wenige Wochen betragenden Festungshaft zu erholen, ist auf dieser Autofahrt bei Feldkirchen tödlich verunglückt. Er war auf der Stelle tot.

Wären wir Anhänger von den SPD.-Pfaffen Bleier und Franke, die wohl bald Adolf Hoffmann mit seinen zehn Geboten als reuigen Sünder aufnehmen können, würden wir sagen:

„Gottes Schicksal!"

Pöhner selbst war ein Kommunistenfresser, d. h. ein Rachedurst und Haßgefühle gegen das revolutionäre Proletariat. Das Proletariat muß erkennen, daß diese Gestalten nur durch die Organisationen und ihre Zutreiber, SPD.- wie jetzt wieder KPD.-Helden, möglich wurden.

Genosse Appel zu 1 Jahr 6 Monate Gefängnis verurteilt

Am 7. April wurde Genosse Appel in Hamburg wegen Beihilfe zur Meuterei und Freiheitsberaubung zu 1 Jahr 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung der 6 Monate Untersuchungshaft, verurteilt. Das Delikt „Schiffsraub" wurde fallen gelassen. Genosse Jan Appel war Delegierter zum Gründungsparteitag der KAPD. und als solcher zum zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale nach Moskau delegiert.

Da die Tat aus politischen und idealen Gründen erfolgte, wurden mildernde Umstände gewährt.

Der Kampf der Regierung Herriot

In Frankreich tobt seit der Uebernahme der Regierung durch Herriot, die im Juni 1924 erfolgte, ein heftiger Kampf um die Macht zwischen der von Millerand und Poincaré geführten Schwerindustrie und dem mit dem Kleinbürgertum verbündeten Finanzkapital. Die bisher herrschende Schwerindustrie hatte durch den Ruhrkrieg das Land bis an den Rand der Katastrophe gebracht. Die Schuldenlast war enorm gestiegen. Nur die Unterwerfung unter das amerikanisch-englische Diktat hatte einen weiteren Zusammenbruch des Franken und damit auch der zu einem großen Teil von dem Renteneinkommen abhängigen mittelständischen Bevölkerung verhüten können. Der rein militaristisch imperialistische Charakter der Politik der franz. Schwerindustrie hatte den Massen des französischen Kleinbürgertums nicht die versprochenen deutschen Milliarden gebracht. Im Gegenteil, der Frankkurs im Januar 1924 zeigte, daß die Belastung mit Rüstungsausgaben der wunde Punkt in der französischen Finanzwirtschaft war. Die Revolte des Kleinbürgertums gegen die Ueberspannung des militärischen Apparates führte im Mai 1924 zu einem Sieg der „pazifistischen" Parteien des Linkskartells. Man erwartete von ihm eine Konsolidierung der Wirtschaft auf der Grundlage einer friedlichen Verständigung mit dem deutschen Kapital, durch die dem französischen Kapital freiwillig der notwendige deutsche Zuschuß gesichert werden sollte.

Das Kabinett Herriot verdankt seine Geburt der Politik des englischen Kapitals, das die Annexionspläne der französischen Industrie durch Entfachung des Widerstandes in Frankreich selbst zu brechen verstand, nachdem der von ihm begünstigte Vorstoß des deutschen Kapitals mißglückt war. Es trat auch sofort in enge Verbindung mit dem Kabinett Macdonald, das vom englischen Handelskapital vorgeschickt war, um die Kolonisierung Europas durch das anglo-amerikanische Kapital unter pazifistischer Völkerbundsflagge durchzuführen. Das Dawesgutachten bildete die gemeinsame Plattform, die Grundlage für den Plan der Consolidierung Europas, die auch eine Consolidierung Frankreichs auf Kosten des deutschen Proletariats werden sollte.

An die Durchführung dieses Gutachtens wurde von allen Seiten die übertriebensten Hoffnungen geknüpft. Dieser Friede auf Erden bedeutete aber für die französische Schwerindustrie einen Verzicht auf alle Pläne einer Vereinigung der französischen Erz- mit den deutschen Kohlenbecken. Der Traum eines Europa beherrschenden französischen Erz- und Kohletrusts sollte endgültig begraben werden und zwar zugunsten eines nach der Auffassung der Schwerindustrie undurchführbaren friedlichen Ausschöpfung der deutschen Wirtschaft. Für die sichere Faustpfandpolitik wurde ein magerer Ersatz in papiernen Verträgen geschaffen. Dieser Eingriff des Finanzkapitals bedeutete aber auch ein Ende des bisherigen Siegeszuges der Herrscher über die französischen Rohstoffe, da die Enteignung zu ihren Gunsten, die mit Hilfe der Inflation durchgeführt wurde, nicht nur gehemmt, sondern unmöglich gemacht werden sollte. Es begann aus diesen Gründen ein äußerst heftiger und erbitterter Kampf der Schwerindustrie gegen das Kabinett Herriot und dessen Pläne.

Die Lage des französischen Kapitals hat trotz des Sieges eine außerordentliche Aehnlichkeit mit der Situation des deutschen Kapitals in der Nachkriegszeit, weil der Sieg nur rein militärisch war und wirtschaftlich eine erhebliche Niederlage bedeutete. Der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands lag in den Forderungen des Versailler-Vertrages, deshalb wendete sich der hauptsächlich von den Lasten betroffene und gleichzeitig wirtschaftlich kräftigste Teil des deutschen Kapitals, die Schwerindustrie, die noch außerdem die Möglichkeit eines Ausweichens durch Verbindung mit der französischen Konkurrenz hatte, gegen die Erfüllung. Sie sabotierte sie mit allen Kräften, weil die Sabotage für sie das beste Geschäft bedeutete. Dieselbe Taktik wendet auch die französische Schwerindustrie an. Der Widerstand des deutschen Kapitals gegen die Tributpflicht trieb sie zur Wiederaufnahme ihrer Annexionspläne. Sie versuchte die deutsche Sabotage durch militärischen Einsatz zu brechen und vergrößerte dadurch nur die finanziellen

Schwierigkeiten. Gleichzeitig aber gab ihr die geschäftliche Entwicklung durch die Inflation eine sehr erhebliche Profitmöglichkeit. Die Exportprämie, welche in der Inflation liegt, führte zu einer Stärkung ihrer Position, weil der Taumel der Bereicherung in Papier einen starken Beschäftigungsgrad der Industrie und rein äußerlich eine glänzende Konjunktur bedeutet, während jede Hemmung des Siegeslaufs der Inflation eine schwere Krise — „Gesundungskrise" — mit sich bringt. Die Angst vor dem Ende mit Schrecken treibt unfehlbar zu dem Schrecken ohne Ende, wenn noch interessierte treibende Kräfte dahinterstehen. Die Entwicklung der französischen Finanzen ist ganz charakteristisch für die Gesamtlage. Rein äußerlich spielt sich der Kampf um die Erhöhung des Notenausgaberechts der Bank von Frankreich ab.

Der gesetzlich festgelegte Höchstumlauf betrug vor dem Kriege Fr. 6800 Mill. und wurde während des Krieges nach und nach bis auf 33 Milliarden im Dezember 1918 erhöht. In den ersten Nachkriegsjahren mußte wegen der Angst vor der Ausschreibung neuer Steuern, welche den erhöhten Ausgaben Rechnung trugen, der Satz auf 41 Milliarden erhöht werden. Gleichzeitig wuchs aber auch die schwebende Schuld insbes. durch die Erfordernisse des Ruhrkampfes des Jahres 1923. Sie ist bis 300 Milliarden Papierfranken angewachsen. Von diesen ist etwa die Hälfte in langfristigen Anleihen und Renten untergebracht. Der Rest setzt sich aus den Vorschüssen der Bank von Frankreich in Höhe von 22 Milliarden, aus den täglich fälligen Verbindlichkeiten, aus den Bonds med Obligationen der Nationalverteidigung und den Schatzwechseln im Uetrage von 65—70 Milld. und der kurzfristigen Schuld von 35 Milld. Obligationen zusammen. Von den letzteren allein verfallen 22 Milld. in diesem Jahr. Für die notwendigen Zahlungen aus den Verpflichtungen der schwebenden inneren Schuld mußten für den Etat des laufenden Jahres nicht weniger als 60 v. H. der ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen reserviert werden. In diesem Betrage sind die Beträge in die Verzinsung und Amortisierung der äußeren Schuld, welche 150 Millionen Papierfranken betragen, noch garnicht berücksichtigt. Um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, hat die Regierung Herriot ein Programm entwickelt, das hauptsächlich eine erhebliche Kapitalsabgabe, Erhöhung der Einkommensteuer und eine Bekämpfung der Steuerdefraudation und der Kapitalflucht zum Gegenstand hatte. Die gesetzliche Grenze des Notenumlaufs sollte von 41 auf 45 Milliarden erhöht und gleichzeitig die zu gewährenden Vorschüsse der Bank von Frankreich von 22 auf 26 Milliarden heraufgesetzt werden. Da die Erhöhung in der Zwischenzeit schon tatsächlich erfolgt ist, so handelte es sich nur um eine nachträgliche Legalisierung. Gerade dieses Manöver hat Herriot die schwersten Angriffe eingetragen, obwohl gerade die Schwerindustrie und die ihr nahestehenden Kreise auf Krediterweiterung gedrängt und jede Steuerreform bewußt sabotiert haben. Dann wird die Aufnahme einer Konsolidierungsanleihe vorgeschlagen, nachdem der Gedanke einer Vermögensabgabe an dem Widerstand des Finanzkapitals, das die Regierung Herriots stützte, gescheitert war. Diese Anleihe ist eine Art Zwangsanleihe, falls das Ergebnis der „bereitwilligen Opferbereitschaft" nicht den vorgesehenen Betrag ergeben sollte. Es sind dieselben Pläne, welche einst Erzberger auch in seiner kleinbürgerlichen Naivität dem „Allgemeininteresse" des deutschen Kapitals zugetraut hatte. Solche Illusionen hat das französische Kapital schnell und gründlich zerstört. Es denkt garnicht daran, sich auf eigene Kosten zu konsolidieren. Bei diesem Widerstand haben sich beide Gruppen zusammengefunden. In edler Gemeinschaft haben Schwerindustrie und Bankkapital das Kabinett Herriot gestürzt, indem sie das steuerfeindl. franz. Bauerntum durch die Ablehnung für sich gewonnen haben. Sie haben einen neuen Plan garnicht dagegen setzen können, sondern nur erklärt, Herriot selbst sei die Wurzel des Uebels. Seine Regierung habe die Katastrophe herbeigeführt usw. Wir kennen das Lied und die Melodie und können nur feststellen, daß sich die Methoden immer gleichen. Es wird immer auf die Dummheit und die Undurchsichtigkeit der kapitalistischen Wirtschaft spekuliert. So gelingt es der Schwerindustrie überall mit Geschick, die sog. Schuld an dem Zusammenbruch denen, die zusammenbrechen, zuzuschieben, weil diese gezwungen sind, durchgreifende Gegenmaßregeln zur Sicherung ihrer Herrschaft zu treffen. Dadurch wird der Eindruck erweckt, daß den Eigentümern ihre wohl erworbenen Rechte verkürzt werden sollen, während gleichzeitig noch durch die notwendige Stillegung der Industrie die Verdienstmöglichkeiten fallen. Es ist das Tragikomische an dem Schicksal des kapitulierenden Finanzkapitals, daß es selbst den Aufbaustoff für seine Gegner liefern muß. Es wird von der Schwerindustrie gezwungen, sein Kapital zu verwässern und zwar durch Notenausgabe und durch Gewährung von Krediten, die es dann nach der erzwungenen weiteren Inflation entwertet zurückerhält. Die Inflation hat immer eine Geldknappheit zur Folge, weil das schwindende Vertrauen die Flucht aus der Valuta und der Kapitalflucht im Allgemeinen zur Folge hat.

Das Kabinett Herriot hat nun versucht, die Operation an der Inflation durch einen energischen Eingriff vorzunehmen. Der Versuch ist verhindert und damit das Schicksal der französischen Wirtschaft beschleunigt. Der Ausweg eines Kabinetts Poinleve ist nur ein kurzes Intermezzo. Die Herrschaft der Schwerindustrie ist gesichert. Es beginnt damit auch gleichzeitig ein neuer Abschnitt in der europäischen Politik. Der Sturz von Herriot war nach der Abdankung von Macdonald nur eine Frage der Zeit. Sie waren beide Exponenten derselben Richtung. Die Herriot'sche Politik hatte keinen Mitspieler mehr in England. Sie war vollkommen im europäischen Raum isoliert.

Der Wendepunkt ist die Einstellung des französischen Kapitals zu Deutschland. Der „Vorwärts" jammert über den Sturz des Linkskartells und macht dem französischen Sozialisten bittere Vorwürfe über ihre zu schroffe Taktik gegenüber dem Senat. Sie hätten in der Frage der Vermögensabgabe nachgiebiger sein müssen. Vom Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie ist die Demission Herriots ein starker Verlust, weil er der einzige Aktivposten für ihre „pacifistische" Außenpolitik war. Sie fürchtet, daß noch durch einen Sieg Hindenburgs der nationalistische Gedanke in Frankreich erheblich an Boden gewinnen und eine Revision des Londoner Abkommens unmöglich wird. Die Verschärfung der Lage des deutschen Kapitals, die durch die erneute französische Inflation bevorsteht, ist auch nicht zu unterschätzen. Frankreich hat im Jahre 1924 als einziges europäisches Land eine Steigerung der Ausfuhr zu verzeichnen. Die Handelsbilanz hat im Jahre 1924 mit einem Ausfuhrüberschuß von Frcs 1322 Millionen abgeschlossen, während im Jahre 1923 ein Einfuhrüberschuß von 2256 Mill. Francs zu verzeichnen war. Auch mengenmäßig kommt dies zum Ausdruck. Im Jahr 1923 betrug die Ausfuhr 24 901 000 Tonnen gegen 29 386 000 Tonnen im Jahre 1924. Diese günstigen Ergebnisse sind nur eine Folge der Entwicklung des Frankenkurses. Sie führten auch zu einer erheblichen Steigerung der Arbeitereinwanderung. Diese ziffferte sich im Jahre 1924 auf 238 365 Personen, die Wiederauswanderung aber nur 47 752. In den ersten Monaten 1925 war schon ein erheblicher Konjunkturrückgang zu verzeichnen. Daraus erklärt sich auch der verstärkte Druck der Schwerindustrie und ihr augenblickliches Durchbrechen durch die Front. Außerdem hat die Wiederaufbauperiode der franz. Industrie eine ungeheure Beschäftigung gebracht. All dies fällt jetzt auch fort. Das französische Kapital, insbes. die Industrie, muß sich jetzt stärker auf den Weltmarkt umstellen. Es ist daher damit zu rechnen, daß sie auch wieder die Annexion des Ruhrgebietes stärker betreiben wird. Neue Komplikationen werden sich in nächster Zeit einstellen.

Das deutsche Proletariat muß sich jetzt stärker als je gegen den Nationalismus und seine Ergänzung den bürgerl. Pazifismus wappnen, Beide werden neue unerhörte „Opfer" vom Proletariat verlangen, um ihre kapitalistische Wirtschaft zu erhalten.

Achtung! Ortsgruppen!

Wie jedes Jahr soll auch diesmal die Kaz zum 1. Mai in erhöhter Auflage erscheinen. Diese Nummer ist besonders zur Frage des 1. Mai zugeschnitten und dementsprechend ausgestattet. Die

Mai-Nummer

kommt am 25. April zum Versand. Die Ortsgruppen werden hiermit aufgefordert, ihren Bedarf bis spätestens 22. April an die Buchhandlung zu melden, damit die Gesamt-Auflage festgelegt werden kann. Später einlaufende Bestellungen finden keine Berücksichtigung. Wir hoffen, daß die Ortsgruppen schon jetzt die organisatorischen Vorarbeiter für den Vertrieb der Maizeitung treffen und die Bestellungen rechtzeitig aufgeben.

Moscs Hcß, ein Vorkämpfer der sozialistischen Arbeiterbewegung

(Zu seinem 50. Todestage am 16. April.)

Als den ersten Vorkämpfer proletarisch-revolutionärer Ideen im eigentlichen Deutschland muß Moses Heß bezeichnet werden. Dem Wilhelm Weitlings Arbeiteragitation beschränkte sich auf die Verbreitung des Sozialismus unter den Deutschen Arbeitern im Ausland, allerdings auch einem Ausland mit überwiegend deutscher Bevölkerung, der Schweiz. Im deutschen Bund aber ist niemand eher als Moses Heß dafür tätig gewesen, eine sozialistische Bewegung in Gang zu bringen.

Heß war ein Sohn des Teiles von Deutschland, der durch die Fortgeschrittenheit seiner wirtschaftlichen Entwicklung und seiner sozialen Verhältnisse besonders dazu berufen war, in den Anfängen des proletarischen Emanzipationskampfes eine Hauptrolle zu spielen. Er war in den Rheinlanden geboren, und zwar in Bonn am 21. Januar 1812. Der Vater war ein wohlhabender jüdischer Kaufmann und offenbar in der Hauptsache auf geschäftliche Interessen beschränkt. Wesentlich für die Entwicklung von Moses Heß war nun, daß er den größten Teil seiner Jugend nicht im Elternhause verlebte, sondern bei einem durchaus anders gearteten Anverwandten. Moses Heß beschäftigte sich schon zeitig mit dem Studium der Philosophie, z. B. Spinozas, der Geschäftssinn aber war bei ihm gleich Null. Seine hervorstechenden Charaktereigenschaften waren für warme Menschenliebe und hatten eine Abneigung gegen den Schacher: sah darin Uebervorteilung und Unterdrückung. Er war aber auch nicht zu einem Brotstudium geeignet, das auf Amt und Würden hinarbeitet, als er im Alter von 18 Jahren die Universität Bonn bezog. Es war das Jahr 1830, das Jahr der Pariser Julirevolution, die nach Deutschland insofern wenigstens hinüberschlug, als sie hier eine Menge Köpfe revolutionierte. Auch Moses Heß erfüllte sich bald außer mit geiehrtem, besonders philosophischem Wissen, auch mit revolut. Ideen, die bei ihm nicht im bürgerlichen Gedankenkreise blieben, sondern bereits im Verlauf der 30er Jahre darüber hinaus wuchsen und sich mehr und mehr zum Sozialismus näherten. Die Bahn, die der junge Heß einschlug, erschien dem Vater als schiefe Ebene. Es kam zu einem Konflikt zwischen Vater und Sohn, der damit endete, daß der Vater seine Hand von Moses zurückzog. Moses mußte sich auf eigene Füße stellen und suchte dazu dieses Ziel zu erreichen, indem er nach England ging, wo er mittellos anlangte. In größter Not geht er wieder nach Deutschland. Zu Fuß wanderte er bis in die Nachbarschaft von Metz, wo er sich keinen anderen Rat mehr wußte, als auf einem Dorfe als Lehrer unterzuschlüpfen. Nach einer Versöhnung mit dem Vater, kam es abermals zum Bruch, Moses wurde gänzlich verstoßen und enterbt.

So sehr er nun auch auf lange Zeit mit dem Elend zu kämpfen hatte, ließ er sich doch nicht hindern, hinfort unbeirrt ganz und gar seinen Ideen und Idealen zu leben, für die er zunächst hauptsächlich als Schriftsteller eintrat. Sein erster literarischer Sprößling größeren Umfanges erschien im Jahre 1837 unter dem Titel: „Die heilige Geschichte der Menschheit". Heß führte darin einen Feldzug gegen das Judentum. Das Buch zeigt aber außerdem den tiefgreifenden Einfluß der Hegelschen Philosophie. Es versucht vom Ausgangspunkt der reinen Idee her eine Geschichtsphilosophie zu geben, wobei dann freilich die Zeichnung der Entwicklung offenbar durch die revolutionären Triebe von Heß beeinflußt war. Das Bemerkenswerte an dem Buch ist denn auch, daß es bereits im Jahre 1837 sozialistische Gedanken ausspricht. Heß ist aber weiterhin bestrebt, aus der metaphysischen Dunstregion auf den festen Boden der Tatsachen und der Tat zu gelangen, und bleibt zwar noch Hegelianer, ist aber Jung-Hegelianer und unter diesen als erster auf dem Wege zum Sozialismus angelangt. Für seine steigende Entfernung von der ursprünglichen Hegelei zeugt die nächste größere Schrift von Heß: „Die europäische Triarchie", von 1841.

In Köln, wo er damals weilte, kam seit 1841 die „Rheinische Zeitung" heraus, hinter der Liberale vom Schlage Kamphausens standen, in deren Redaktion aber ein so radikaler Mann wie Karl Marx dominierte. Er stand damals noch nicht auf dem Boden des Sozialismus. Dieser war vielmehr durch Moses Heß in der „Rheinischen Zeitung" vertreten. Er hat anfangs wohl direkt der Redaktion angehört, dann als Pariser Korrespondent des Blattes fungiert, bis es im Mai 1843 der Zensur erlag.

Damit wurde die Heß'sche Existenz in Paris wieder auf den schwankenden Boden gelegentlicher Beiträge für einzelne Publikationen gestellt, die gerade auf diese oder jene Art mit den Zensurschwierigkeiten fertig wurden. Seine ermeute Notlage wurde nun besonders schwer, da er inzwischen sich verheiratet hatte. Wenn er aber auch in Paris sonst keine Schätze erwarb, so diente der Aufenthalt doch zur Bereicherung seines geistigen Lebens. Er trat in persönliche Beziehungen zu den bekanntesten französischen Sozialisten und Kommunisten, aber auch zu bekannten deutschen Anhängern der proletarischen Sache, wie Dr. Everbeck und anderen vom Bunde der Gerechten. Kennen und schätzen lernen hat ihn auch Heinrich Heine, der seinem Hamburger Verleger Campe den Moses Heß als geeignet zum Hauptredakteur eines großen politischen Blattes mit den Worten empfahl: „Der Heß ist eine der ausgezeichnetsten Federn"! Aus diesem Projekt Heines aber wurde nichts. Heß war aber an den wichtigsten oppositionellen Veröffentlichungen dieser Zeit in deutscher Sprache beteiligt, so an Herweghs „21 Briefen aus der Schweiz", an den von Ruge und Marx herausgegebenen „Deutsch-Französischen Jahrbüchern", am Pariser „Vorwärts" usw. Bezeichnend für diese Publikationen, durchweg sozialistischer Natur, zeigen insofern eine Fortentwicklung über den früheren Standpunkt hinaus, als Heß jetzt stark unter dem Einfluß von Feuerbach und Bruno Bauer steht, außerdem auch von Proudhon. Andererseits ist er insofern der Alte geblieben, als scher. „Philosophie der Tat" immer noch stark das Tatsächliche, d. h. das ökonomische Fundament fehlt, dagegen immer noch formell die Herleitung aus dem blauen Dunst der metaphysischen Spekulation anhaftet. Treu bleibt er sich aber auch noch darin, daß er nach wie vor ein Reich der Menschenliebe' der Freiheit und Gleichheit will. Ideale, die nur dadurch erreicht werden können, wenn auch die wirtschaftlichen Gegensätze verschwinden und zwar durch die Beseitigung des Privateigentums.

Mit dem Frühling 1844 weilte Heß wieder auf deutschem Boden, und zwar zunächst wieder in Köln, wo er, neben mündlicher Propagandarung des Sozialismus, zunächst die freie Schriftstellerei weiter betrieb. Demnächst aber kam es dahin, daß er wieder einmal als Redakteur und nun eines sozialistischen Organs tätig sein konnte, nicht in Köln, sondern in der größten Fabrikstadt des damaligen Westdeutschlands, in Elberfeld-Barmen. Friedrich Engels wollte mit Heß zusammen dieses Organ redigieren, das vor allem Material zur Beurteilung der sozialen Zustände bringen sollte. Engels verließ Barmen aber bald, und so war Heß von 1845 bis 1846 alleiniger Redakteur des „Gesellschaftsspiegels", einer Monatsschrift, die zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Verhältnisse dienen sollte. Dieser Aufgabe, das Blatt dienstbar zu machen, hat Heß vortrefflich verstanden; er machte der hohen Meinung Heinrich Heines von seinen journalistischen Talenten alle Ehre, und es gelang ihm vor allem, auch ein weniger trockener Ton als der des philosophischen Kauderwelsch. Er wußte sich ferner gemeinverständlich zu machen gelegentlich der mündlichen Propaganda, die er bereits im Februar 1845, durch mehrere Vorträge in Elberfeld betrieb. Unter ständig wachsendem Zulauf entwickelte Heß vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft die Idee, daß die Beseitigung der sozialen Ungleichheit nur durch eine Umgestaltung der gesellschaft auf der Grundlage des Gemeineigentums erfolgen könne. Die Polizei kommt infolge des starken Zulaufs zu den Vorträgen, dahinter und verbot Heß das weitere Veranstalten dieser „staatsfeindlichen" Vorträge. Im Juni 1846 wurde auch nach mehrmaliger Konfiszierung der „Gesellschaftsspiegel" endgültig verboten.

Politische Rundschau

Die „Rote Fahne" muß lügen

In der „Roten Fahne" vom 15. April wird anläßlich der am 12. April in Charlottenburg stattgefundenen Trauerkundgebung für Sun-yat-sen neben allen möglichen Rednern **„Fichtmann von der KAPD."** aufgeführt.

Schon des öfteren mußten wir der Schwindelfahne erklären, daß **Fichtmann nicht Mitglied der KAPD.** ist. Dies müßte doch letzten Endes auch solch Schreibkuli der „Roten Fahne" begreifen, auch denn es der Berichterstatter nicht wissen sollte, oder wechseln in der leninistischen Redaktionsstube die Schreibhandwerker so schnell, daß keine Orientierung des einzelnen mehr möglich ist? Ein Wunder wäre es ja nicht; denn der Kampf gegen den Trotzkismus, Luxemburgismus, Brandlerismus, dem hoffentlich nicht bald die Schollem-Fischerei folgen wird, erfordert scheinbar dauernd Großreinemachen.

Ueber den Unsinn, den die „Rote Fahne" dem angeblichen KAPD.-Fichtmann in den Mund legt, „daß erst die unterdrückten Völker sich befreien müßten, ehe die zivilisierten Völker den Imperialismus abschütteln könnten", noch ein Wort zu verlieren, hieße Eulen nach Athen tragen. Doch liegt dieser Unfug mehr in der Linie der Komintern und in ihrem Programm begründet, bei dem natürlich Rußlands Aufstieg eine richtunggebende Rolle spielte.

Fort mit der Lohnsteuer

Die KPD. versucht immer mehr der SPD. in den reformistischen Anknüpfungspunkten den Rang abzulaufen. Der Konkurrenzkampf wird vielleicht doch eines Tages damit enden, daß man einsieht, daß es Unsinn ist, so nebeneinander herzulaufen, und sich das Leben zu versauern, und viel schöner ist, wenn man die beiden Lieben zusammenschweißt. Was die politischen Götter noch nicht wollen, wird der gewerkschaftlichen Einigungsrummel fertig bringen.

Etwas, woran die KPD. heute wieder einen Anknüpfungspunkt gefunden hat, um die reformistische Praxis zu beweisen, ist die Steuerfrage.

In der vorigen Donnerstag-Sitzung des Steuerausschusses im Reichstag stand ein Antrag der SPD. zur Beratung, der besagt, daß der steuerfreie Einkommenteil von 60 bis auf 100 Mark für den Monat heraufgesetzt werden soll.

Für die KPD. genügt diese Reform noch nicht, sie muß sich ja als ein wenig radikal rosaroter bei den Massen in ihrer Parlamentspraxis in Erinnerung bringen. Sie verlangt in einem Antrag: **die Beseitigung der Lohnsteuer.** Ihr prominenter Vertreter Höllein fordert die sofortige Beratung des Antrages und wies darauf hin, daß selbst das altpreußische Steuersystem weit sozialer war als das jetzige Lohnsteuersystem. Das nennt man tapfer Kreingesprochen, denn man muß wissen, daß das Kapital den Steuersatz und die jeweilige Steuerreform nach den eigenen Staatsbedingungen bestimmt. Die Ausbeutung im kapitalistischen Staat wird eben nicht durch das Proletariat bestimmt, sondern das Parlament muß nach Formen suchen, die das Ausbeutungssystem verschleiern und ermöglichen. Eine solche Form ist auch das Lohnsteuersystem.

Im übrigen ist es ganz gleich, wie die Steuer eingetrieben wird. Das Kapital, der Staat verzichtet auf keinen Pfennig und wird ihn sich durch eine Reform nicht rauben lassen. Das Proletariat muß dem Kapital solange die Steuern geben, solange das Kapital durch den Staat herrscht. Was die KPD. glaubwürdig machen will, wird vom Kapital im Parlament selbst offenbar. Zu solchen Illusionen gibt der Staat seine Zustimmung nicht.

„Rote" Betrieksräte

Ueber den Rätegedanken herrscht innerhalb der Arbeiterklasse die größte Unklarheit. Das Kapital mit seinen gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Helfern, hat es 1920 geschickt verstanden, die Arbeiterräte die aus der Revolution erwachsen sind, zu gesetzlichen Betriebsräten umzuformen. Dieser Akt vollzog sich aus dem Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Wohl war das revolutionäre Proletariat 1920, als das Betriebsrätegesetz zur Annahme gelangte, noch unterstützungsfähig, aber es fehlte ihm, doch verfügte es noch über revolutionäre Organe, die Arbeiterräte. Die damaligen Arbeiterräte waren auch damals keine absoluten revolutionären Instrumente des Proletariats, da sie sozialdemokratisch versetzt waren. Doch waren sie eine Plattform, auf der das revolutionäre Proletariat seine Macht bei der nötigen Erkenntnis entfalten konnte. Das war dem Kapital mit seinen gewerkschaftlichen Einrichtungen zu Genüge bekannt: Kapital und Gewerkschaften, beide hatten ein Interesse daran, die Macht der Arbeiterräte auszuschalten, um ihrer Existenz willen. Der Kapitalismus sah in den Arbeiterräten einen Faktor, der in gewissen Situationen das kapitalistische System zertrümmern könnte. Ebenso waren die Arbeiterräte den Gewerkschaften ein Hindernis in ihrer konterrevolutionären Betätigung. Ein Proletariat, was sich zum Rätesystem durchgerungen hat, würde auch folgerichtig die geschichtliche Ueberholtheit der beruflichen Gewerkschaften einsehen. Dieses war den Gewerkschaften vollauf zur Erkenntnis geworden, daher ihr rücksichtsloser Kampf gegen die Arbeiterräte.

Mittels des Betriebsrätegesetzes haben Kapital und Gewerkschaften die Arbeiterräte kastriert zu einer gesetzlichen Institution der Profitwirtschaft. Nicht dem Proletariat ist der gesetzliche Betriebsrat verantwortlich, sondern dem Kapitalisten gegenüber. An dieser Tatsache ändern die oppositionellen Spielereien nicht das Geringste, was die Praxis allzuviel bewiesen hat. Zur Zeit, als das Proletariat vor dem Reichstage versammelt war, um gegen die gesetzliche Verschandelung der Räte zu protestieren, war es ein leichtes, die gesetzlichen Betriebsrätewahlen zu sabotieren und an den Arbeiterräten, die der Arbeiterklasse verantwortlich sind, festzuhalten. Die Arbeiterklasse mußte mit ihrem Blute den Protest bezahlen, ohne jedoch die notwendigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Die „Opposition" gegen das Betriebsrätegesetz spielte die kläglichste Rolle, genau so wie die heutige „Opposition" der KPD. in den Gewerkschaften. Sie wurde durch die einstige USPD. verkörpert, vor allem durch Däumig. Halbheiten und Grundsatzlosigkeit kennzeichnen die „Opposition" gegen das Betriebsrätegesetz. Mit welchen Illusionen sie zur ersten Betriebsrätewahl schritten, beweist das Vorwort zum Betriebsrätegesetz in der Zeitschrift „Der Arbeiterrat", Heft 5-6, Jahrgang 2, Organ der Betriebsräte Deutschlands, welches von Ernst Däumig dirigiert wurde. Es heißt dort:

„Die guten Herrschaften mögen sich beruhigen. Wir werden uns allerdings an diesen Wahlen beteiligen, und zwar — es sei ihnen gleich angekündigt, — mit einer Intensität, daß ihnen Hören und Sehen vergehen soll. Gerade diese Wahlen werden wir als Beweismittel dazu benutzen, daß unsere Kraft, trotz Maschinengewehre, Schutzhaft, Ausnahmezustand und Pressverbot ungebrochen ist.

Diese naive politische Einstellung der leidenlahmen „Opposition" hat sich schwer gerächt. Die ersten Wahlen zu den gesetzlichen „Räten" nahmen dem Proletariat die letzte Energie. Nicht dem Kapital ist Hören und Sehen vergangen durch die Betriebsrätewahlen, sondern leider dem Proltariat.

Betrachtet man die damalige „Opposition" mit der von heute, so findet man die selben Phrasen vor, wie im Jahre 1920. Die KPD. hat das traurige Erbe der USPD.-„Opposition" übernommen. Die heutige KPD. bringt ebensowenig die Kraft auf, ungesetzliche revolutionäre Räte zu propagieren und zu schaffen, wie einst die USPD.. Doch diese Taktik ist nicht zufällig so. Aus der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Einstellung ist die Wahl von gesetzlichen Betriebsräten bedingt. Wie die Gewerkschaftsfrage von der KPD. zu einer Personalfrage degeneriert ist, so ist auch die Frage, oder besser gesagt, die Einstellung des Proletariats zu gesetzlichen Betriebsräten von der KPD. zu einer Personenfrage erniedrigt. Wir müssen immer wieder mit aller Schärfe dieser Einstellung entgegentreten, da sie das Proletariat von den Grundsätzen des Klassenkampfes ablenkt. Der revolutionäre Proletarier ist in den Maschen des Betriebsrätegesetzes seiner revolutionären Kraft beraubt, er ist vor die Frage gestellt, mit oder gegen das Gesetz zu arbeiten. Versucht er als gesetzlicher Betriebsrat gegen das Gesetz anzurennen, so macht er sich unmöglich als gesetzlicher Rat. Die KPD. versucht nun beides zu tun, was jedoch eine Phantasie ist, denn niemand kann zwei Herren dienen. Die Auswirkung dieser KPD.-Betriebsräte sehen wir in allen Großbetrieben. Sie scheuen vor den geringsten revolutionären Konsequenten zurück. Warum wohl? Nur deswegen, weil sie mit den gesetzlichen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes nicht in Konflikt kommen wollen. Ein Beispiel: Die Arbeiter der Turbinen-Fabrik wurden am 6. 4. 25 ausgesperrt, anläßlich des Kupferschmiede-Streiks. Von seiten der Betriebsräte teilt man der Belegschaft diese Tatsache mit, ohne jedoch eine Betriebsversammlung einzuberufen, die dazu Stellung nehmen kann. Man wirft das Proletariat auf die Straße und die Sache ist für die Betriebsräte erledigt, auch für die „oppositionellen" Betriebsräte. Es fällt überhaupt schwer, sie von den SPD.-Betriebsräten zu unterscheiden. Auch sie sind der Meinung, daß die Gewerkschaften schon die nötigen Schritte tun werden im „Interessse" des Proletariats.

Zu den Wahlen der gesetzlichen Betriebsräte nimmt man in den Betriebsversammlungen nur noch selten Stellung, von seiten der SPD. und KPD. Durch ein Technikmächtel einigt man sich hinter den Kulissen zur Betriebsrätewahl zwischen der SPD. und KPD. Stellte früher noch die KPD. eigene Listen auf, so fehlt der KPD. heute der Mut dazu. Es ist ihnen von den Gewerkschaftsgöttern verboten, eigene Listen aufzustellen und sie fügen sich. Die „Rote Fahne" wird jedoch nicht müde zu schreiben, „wählt rote Betriebsräte!" Auch in den Betrieben kleben kleine Zettelchen der KPD. mit der selbigen Aufschrift. Wenn nun wirklich ein Proletarier irrtümlich glaubt, es wäre ein Unterschied zwischen SPD. und „roten" Betriebsräten und er hat die Absicht, einen „roten" Betriebsrat zu wählen, so muß er die lächerliche Tatsache feststellen, daß nur eine Liste zur Wahl existiert. Wer also „rote" Betriebsräte wählen will, muß auch SPD.-Betriebsräte wählen, nach der neuesten Taktik der KPD. Die „roten" Betriebsräte sind genau dieselben ausführenden Organe der Gewerkschaften, wie die SPD.-Betriebsräte. Die KPD. beweist ums täglich mehr, daß sie keine kommunistischen Grundsätze kennt und weiter nichts mehr darstellt, als eine sozialdemokratische Opposition.

Das Proletariat hat nicht zu wählen zwischen SPD. und „roten" Betriebsräten, sondern zwischen gesetzlichen Räten, die dem Kapital und den Gewerkschaften verantwortlich sind und den Räten der proletarischen Revolution, die sich auf die Kraft des revolutionären Proletariats stützen und die dem verantwortlich sind. „Wer das letztere will, kann die Betriebsräte wählen, nach der neuesten Taktik der KPD. Die „roten" Betriebsräte sind genau dieselben ausführenden Organe der Gewerkschaften, wie die SPD.-Betriebsräte. Die KPD. beweist ums täglich mehr, daß sie keine kommunistischen Grundsätze kennt und weiter nichts mehr darstellt, als eine sozialdemokratische Opposition.

Das Proletariat hat nicht zu wählen zwischen SPD. und „roten" Betriebsräten, sondern zwischen gesetzlichen Räten, die dem Kapital und den Gewerkschaften verantwortlich sind und den Räten der proletarischen Revolution, die sich auf die Kraft des revolutionären Proletariats stützen und die dem verantwortlich sind. „Wer das letztere will, kann die Betriebsräte wählen, nach der neuesten Taktik der KPD. Die „roten" Betriebsräte sind genau dieselben ausführenden Organe der Gewerkschaften, wie die SPD.-Betriebsräte. Die KPD. hemmen genau so die Revolution wie die der SPD. Sie tragen zur Verkleisterung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit am meisten dazu bei, da sie die revolutionären Proletarier an der SPD. verkuppeln.

Wir rufen dem Proletariat zu: Wählt keine gesetzlichen Betriebsräte, ganz gleich wie sich nennen. Auch die nicht des neuesten Ablegers der Gewerkschaften, der Weiterunion. Von keinem habt ihr etwas zu erwarten, da sie alle auf dem gesetzlichen Mist blühen wollen. Nur durch die Betriebsorganisation, die das Proletariat über den Berufsdünkel hinweg vereint, können die revolutionären Räte, die zukünftigen Träger der Bedarfswirtschaft erstehen.

Zum Trotzkismus

Schon einmal wurde in der „KAZ." festgestellt, daß der Prestigekampf zwischen den russischen Führern in der Form sachlicher Gegensätze ausgefochten wird. In den folgenden Zeilen soll versucht werden, die sachlichen Gegensätze als taktische Lehren der Revolution nutzbar zu machen.

Wenn der tatkräftige Führer der russischen Revolution, wenn Trotzki immer wieder, und gerade gestützt auf die Lehren der russischen und der deutschen Revolution im bewußten Gegensatz zu den Bolschewiki zu seiner alten Methodik zurückkehrt, so müssen auch wir versuchen, diese Erfahrungen kritisch zu beleuchten. Es bedeutet durchaus keine Schwächung unserer Position, wenn es sich zeigt, daß in einigen Punkten das Europäertum Trotzkis sich uns nähert, wenn auch in der Praxis immer wieder die bestimmte russische Note durchdringt.

In den Polizeiakten, die die russischen Häuptlinge gegen Trotzki loslassen, erscheint immer wieder der Vorwurf, er, Trotzki, lasse in seiner formalen Denkweise, welche ihm in den Stand setzt, in glänzender Weise weite Perioden revolutionärer Perspektiven zu zeichnen, das analytische und dialektische Vermissen, das erst zeigt, was im Augenblick zu tun ist; welches „Kettenglied", wie Lenin sich ausdrückte, zu ergreifen ist. Trotzki verfrüht den Standpunkt der permanenten Revolution, d. h. er verfrüht die Ansicht, es gibt keine spezifische russische Revolution. Gerade weil auch die russische Revolution die tiefsten Eingriffe nicht nur in das feudale, sondern auch in das bürgerliche Eigentum machen muß, wird sie sofort in einen Gegensatz zu den größeren Teil der russischen Bevölkerung zu den Bauern kommen müssen, und sie ist daher nur als ein Stück der „permanenten Revolution", eben der westeuropäischen Revolution denkbar. Trotzki fordert gegenüber Lenin von vornherein die Arbeiterregierung, die weiteste Rücksichtnahme auf das Vorantreiben der westeuropäischen Revolution. Diese im bewußten Gegensatz zu Lenin, der gerade als Ausdruck der bäuerlichen Energien das nationale Element der russischen Revolution verkörpert. Daher der Vorwurf Lenins gegen Trotzki, er nehme von den Bolschewiki die Forderung der Diktatur des Proletariats und von den Menschewiks die Unlust, die bäuerlichen Massen zur Revolution zu wecken. Dieser Gegensatz zeigt sich in der Stellung zum Brest-Litowsker Frieden. Trotzki suchte zur Entfesselung der westeuropäischen Revolution den Frieden ins unendliche hinauszuschieben. Er prägte die Formel: Nicht Krieg — nicht Frieden! Er hoffte so die Moral des Hohenzollernheeres zu zersetzen. Aber schließlich zwang doch die Massenflucht von der Front und nicht zuguterletzt das Heine'sche Wort: „Wo es nur irgendwo eine Freiheit totzuschlagen gibt, sind die Deutschen dabei", die nationale Formel Lenins anzuerkennen.

In seinem Buche über die Revolution von 1905 zieht Trotzki die Lehre: Es ist nicht so sehr die militärische Kraftentfaltung des Proletariats, die den Sieg der Revolution verbürgt, als vielmehr das revolutionäre Massenbewußtsein, die Bereitwilligkeit der Masse für die Revolution zu kämpfen und zu sterben. Und dies ermöglichte Trotzki, wie Bucharin es nennt, die scharfe Wendung Trotzkis vor dem Oktober 1917 vorzunehmen. Entgegen jahrelanger Verschwörerspielereien der Bolschewiki war es der „Internationalist" Trotzki, der, als er den Aufstand des Proletariats fühlte, nunmehr mit voller Energie die militärische Vorbereitung in Angriff nahm und in engster Fühlung mit der Petersburger Besatzung auch die Revolution mit dem geringsten Einsatz zum Gelingen brachte.

Als 1922 der „Kriegskommunismus" in seiner Halbheit bei dem dauernden Sinken der Erträgnisse der Industrie wie auch in der Landwirtschaft sich nicht mehr aufrecht erhalten ließ, war es wieder Trotzki, der in Opposition zu der russischen Partei und Regierungsmehrheit die industrielle Lösung mit dem Blick auf den Westen vertrat. Er forderte den Uebergang zu einer wirklichen Planwirtschaft. Es kam der Preisabbau und die finanzielle Lösung. Mag es wahr sein, daß Tr. (und das ist seine russische Note) bei der Zersplitterung der russischen Landwirtschaft, bei der Leichtindustrie, zum „Ueberverwalter", wie ihn Lenin nannte, werden mußte, so bedeutet doch der Preisabbau bei der Verstärkung der Getreideaustuhr, bei der sogenannten Schere (d. h. die Erzeugnisse der Landwirtschaft wurden trotz des Fortgangs des städtischen Arbeiters gegen die Industrieartikel noch zu billig verkauft), die ganze Last des russischen Wiederaufbaus auf die Schultern des städtischen Proletariers gewälzt. Jeder Versuch, die Entwicklung von Groß- und Mittelbauern aufzuhalten, wurde aufgegeben. Der Klassenkampf wurde ins Dorf getragen, wie es bei Bucharin heißt. In der Praxis bedeutete dies, daß die ärmsten Bauern, die Landlosen, schutzlos der Ausbeutung preisgegeben wurden. Es fehlen uns die Unterlag

Alle diese Maßnahmen gehen darauf hinaus, dem Eskimo die Lebensmöglichkeiten zu erhalten. Die südgrönländischen Eskimos sind unter dem Einfluß der Kultur der Weißen. Da die Jagd u. Fischerei aus den beschriebenen Ursachen für die Eskimos der Westküste nicht mehr zureichend ist, hat man sich entschlossen, einige Stämme nach der Ostküste zu übersiedeln und hat daher die Schutzgesetze auch für hier (in erweitertem Maßstabe) geltend gemacht.

Gegen diese Ausdehnung der Schutzgesetze erhebt nun Norwegen Protest (veranlaßt durch die in der Walfang- und Jagdindustrie investierten großen Kapitalien) und macht Dänemark überhaupt das Hoheitsrecht über Grönland streitig. Der Streit tobt nunmehr in mehreren Jahren und hat zu Zeiten kriegerische Hochspannung. Im Jahre 1923 hat die dänische Regierung ein Abkommen getroffen, mit der norwegischen Regierung ein Abkommen getroffen, welches teilweise den norwegischen Interessenten entgegen kommt. Leider sind die Interessen der Eskimos hierbei zu kurz gekommen, wie immer, wenn die Interessen der Kolonialbevölkerung mit den Interessen des Kapitals kollidieren.

Das beste was geschehen könnte, würde, wenn man einen wirksamen Schutz der Eskimos und deren Existenzmöglichkeiten sichern wollte, die gesamten von Eskimos bewohnten Gebiete unter internationalen Schutz zu stellen. Jedes Eindringen von Weißen ohne Erlaubnis unter schwerste Strafe zu stellen. Die Ausübung von Jagd seitens Weißer ist verboten, besonders von Jagdexpeditionen Vergnügungsreisender, wie sie Bennet und andere Reisebüros (hier sind es besonders Norweger, die zum Vergnügen die Nahrung und den Erwerb der Eskimos bedrohen) solche ausrüsten, müssen verhindert werden.

Die dänische Regierung will dänische Landwirte nach Grönland bringen, um die Eskimos unabhängig von der dänischen Zufuhr zu ernähren, desgleichen plant man, isländische Fischer nach der Ost- und Westküste zu bringen, um dem Eskimo die Motorfischerei, die besondere Uebung erfordert, zu lernen. Desgleichen verlangen Kreise, die den Forschern der 5. Thule-Expedition nahe stehen, daß das Monopol der Grönländischen Kompagnie aufgehoben wird, daß weiter der südländische Eskimo in der Verwaltung seiner Angelegenheiten und der seiner Volksgenossen bestimmend mitzuwirken hat.

Aus der Bewegung

Die Schwindel-„Fahne"

Der Moabiter KPD. Turbinen-König als Schrittmacher für die Brüder in Christo der SPD.

„Die Gewerkschaften sind schlimmer als die Orgesch." (Sinowjew, USPD.-Parteitag 1920, in Halle.)

Für jeden klassenbewußten Proletarier steht es fest, daß, wenn er den „Vorwärts" zur Hand nimmt, er denselben nur mit Vorsicht genießen darf. Er weiß, daß Meldungen über Betriebsversammlungen so entstellt werden, daß sie nur noch einer einzigen Lüge gleichzustellen sind. Doch auf Betriebsberichte sowie auf Betriebsversammlungen legt das 'Organ der kleinbürgerlichen Philister keinen großen Wert, da es ja gespeist wird durch Minister in und außer Dienst, Polizeipräsidenten nebst Privatsekretären in und außer Dienst, und Reichstags- und Landtagsabgeordneten, sowie Stadträten, Landräten und sonstigen Inhabern von gut bezahlten Stützpunkten der Bourgeoisie. Die Berichte der nicht ganz so materiell ertiebigen Betriebsratsposten der SPD. sind stets sehr mager gesäet im „Vorwärts". Das Reptil unter Stampfers geschickter Leitung tut gut damit; denn sonst würde doch mancher Proletarier der SPD., der mit dabei war, beim Lesen der Ergüsse seiner erwählten „Perle" des Betriebes, Betriebsrat genannt, stutzig werden und schließlich sagen: „so war's ja garnicht!"

Vielleicht wäre mit dem Ausspruch auch der „kühne" Gedanke verbunden, doch mal zu ergründen, warum es so falsch berichtet wurde von der „Perle" des Betriebes, warum man solche Angst vor der Feststellung der Tatsachen hat, warum man so schwindelt wie gedruckt?

Dem Lügen-„Vorwärts", dem Blatt der „ruhebedürftigen" Spießer in der Arbeiterschaft, die ungern ihren neuen Kriegerverein Schwarzrotgelb unterstützen, sich sonst aber nicht mehr in geistige Unkosten stürzen, denken tut bekanntlich weh, ist in der „Roten Fahne" ein Partner erstanden, der allerdings so tolpatschig lügt, daß man es ordentlich klappern hört.

Die „Rote Fahne" vom 12. April bringt einen Bericht über die Betriebsversammlung der AEG.-Turbine Moabit, im Inselrestaurant Plötzensee, vom 11. April, vormittags. Da dieser Bericht nicht gekennzeichnet ist, ob er von einem sogenannten Arbeiterkorrespondenten geschrieben ist, nehmen wir an, daß der sattsam berüchtigte König der Hersteller dieses Elaborats ist.

In diesem Bericht wird behauptet, daß der KAPD.-Redner nicht auf die Ausführungen des König eingegangen ist, daß alle Arbeiter der KAPD. beizutreten hätten, und als Höhepunkt schließlich: Die Führer der KPD. verschachern ihre Posten hinter dem Rücken der Arbeiter mit den Kapitalisten.

Dann heißt der Bericht wörtlich weiter:

„Diese Ausführungen, sowie weitere Wortmeldungen von KAPD.-Leuten, desgleichen der Weyer-Industrieverbändler brachten eine große Erregung in die bisher ruhig verlaufene Versammlung. Ganz deutlich zeigte sich, daß Betriebsfremde jede sachliche Diskussion unmöglich machten. Aus diesem Grunde schloß die Leitung die Versammlung, um die Masse der Belegschaft in einer erneuten Versammlung in der nächsten Woche zu den Vorgängen Stellung nehmen zu lassen. 95 v. H. der Besucher verließ das Lokal, während der Rest unter der Weyer-Union weitertagte."

Dann folgt noch ein Kommentar der „Roten Fahne"-Redaktion, worin behauptet wird, daß die KAP. und die Weyer-Richtung in letzter Zeit mit ihren systematischen Sprengungsversuchen „nicht nur die Geschäfte der Unternehmer, sondern auch die der Reformisten besorgen".

Zu diesem Bündel Lügen haben wir zu erklären:

König war Berichterstatter und nicht Leiter der Versammlung, trotzdem löste König dieselbe auf unter schweren Anwürfen gegen den Redner der KAPD.

Da König zur Aussperrung fast nichts gesagt hatte, jegliche Stellungnahme dazu unterließ, sonnte sich nur zum bevorstehenden eventuellen Metallarbeiterlohnkampf aussprach, daß alle schleunigst in den DMV. eintreten und am 14. April recht rege zur Betriebsratswahl gehen sollten, holte dieses der KAPD.-Redner nach.

Er zeigte den Unsinn auf, der in dem Flugzettel von der Opposition im DMV. enthalten ist, daß der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen werden soll „für die restlose Anerkennung der Kaufmännischen-Forderungen", sowie deren eigene Bornierthelt, daß sie anreben durch den Mund von Krause, daß sie nicht aus Branchenegoismus, sondern im Interesse der gesamten Berliner Metallarbeiterschaft dieses getan haben. („Rote Fahne" vom 8. April 1925.)

Bezeichnend ist, daß die streikenden Kupferschmiede es in dieser Versammlung nicht für notwendig hielten, irgend etwas zu sagen.

Unser Genosse zeigte die gemeinsamen Interessen der Bourgeoisie und der Gewerkschaften auf, ihre gemeinsame Grundlage, den Kapitalismus. Demgegenüber stehen nicht die Berufsinteressen kleiner, hochqualifizierter Fachgruppen, sondern das Lebensinteresse des Proletariats als Klasse. Die 3. Internationale mit ihren Sektionen, so vor allem die KPD. verhindere mit ihrem hysterischen Geschrei: „Hinein in die Gewerkschaften!" jegliche Klassensolidarität, die nur von unten aus den Betrieben um das Klassenziel, den Kommunismus, erwachsen kann. Wer den Kapitalismus bekämpfen will, muß auch die Bekämpfung der Orgesch-Gewerkschaften wollen. Als unser Redner an die Belegschaft die offene Frage richtete, ob sie als Metallarbeiter bei einem Lohnkampf der Hochbahner Tatsolidarität üben könnten, wagte niemand der wohl restlos anwesenden Belegschaft mit „ja" zu antworten, auch König nebst den anderen Helden des Versammlungsbüros wagten nicht in dem Augenblick ihren Mund zum Reden zu öffnen, trotzdem sie sich sonst reichlicher Zwischenrufe und Unterbrechungen bedienten. Eine von diesen Perlen des Betriebes in der Versammlungsleitung besaß den „Mut", zu sagen, daß „diese Burschen (gemeint ist die KAP. und Allgem. Arbeiter-Union. D. Red.) von den Unternehmern bezahlt würden".

Sollte diese Bemerkung aus dem Munde eines SPD.-Betriebsrates der Turbine gekommen sein, dann ist dieses nur ein Zeichen, wie frech schon wieder die Anhänger jener Partei geworden sind in den Betrieben, die selbst die Schwindel-„Fahne" als stinkende Korruptionspartei bezeichnen muß, und die Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag des Spartakusbundes am 1. Januar 1919 als die größten Lumpen der Weltgeschichte bezeichnet hat. Was der Turbinen-König allerdings nicht wissen kann.

Wir stellen also fest:

Lüge ist es, daß der KAPD.-Redner nicht auf Königs Ausführungen einging, im Gegenteil, er tat es so reichlich, daß diesem nebst Gefolge etwas warm wurde.

Lüge ist es, daß der KAPD.-Redner zum Eintritt in die KAPD. aufforderte. Er forderte vielmehr zum Eintritt in die revolutionäre Betriebsorganisation auf, deren Ziel die Eroberung der Produktion ist.

Lüge ist, daß die Leitung die Versammlung schloß. Dieses tat der KPD.-König für die SPD.-Strategen im Betriebsrat, darum bringt auch das Reptil keinen Bericht.

Lüge ist, daß 95 v. H. der Belegschaft dem König und Genossen gefolgt ist. Wir rechnen auf kaum die Hälfte der Belegschaft.

Lüge ist, daß die KAPD. und die Wyer-Union weder an eine Sprengung der Versammlung noch an eine systematische Vorarbeit dazu dachten, es also auch nicht getan haben.

Im Gegenteil, die KAPD. sowie die Allgemeine Arbeiter-Union (revolutionäre Betriebsorganisation) erklären, daß sie regstes Interesse daran haben, zu allen Situationen immer und immer wieder in Betriebs- oder öffentlichen Versammlungen Stellung zu nehmen von ihrer programmatischen Grundlage heraus. Daß sie aber nicht um das Wort bitten, sondern es als Teil des kämpfenden Gesamtproletariats verlangen. Und weiter, daß sie in der Form, Sprache und Kritik absolut keine Bevormundung dulden, sondern stets offen und rücksichtslos dem Proletariat als Klasse das sagen, was sie sehen, was ist. Auch auf die „Gefahr" hin, daß es etlichen Betriebsräten von der Bourgeoisie Gnaden in der Turbine Moabit nicht gefallen sollte.

Gegenüber der Schwindel-„Fahne" stellen wir fest, daß die feigen Burschen von Betriebsräte die Versammlung auflösten und tatsächlich zur Hälfte sprengten. Aber keine Lüge ist es, daß die Gewerkschaften schlimmer als die Orgesch sind. Daß diese Orgesch-Gewerkschaften durch den größten Teil der gesetzlichen Betriebsräte gestützt und gefördert werden. Daß wiederum Orgesch-Gewerkschaften nebst gesetzliche Betriebsräte in der „einzigen" Arbeiterpartei ihre größte Förderin haben. Es ist keine Lüge, daß der freigelbe Sumpf bis 1923 fast jeden Streik als wild bezeichneten und jetzt mit einmal jeden Streik sanktionieren, manchmal dieselben sogar provozieren.

Keine Lüge ist es, daß diese Dulder- und Hungerstreiks, die sich oft auf Wochen erstrecken, eine systematische Zermürbungstaktik der Orgesch-Gewerkschaften darstellt und somit eine bewußte und sichere Verschacherung des Proletariats an das Unternehmertum darstellt. Wer die Barmatpartei dabei hilft in den Gewerkschaften, das ist die KPD. Und König, der KPD.-Held der Turbine, sprach von dunklen Elementen, von denen man nicht wisse, wo sie herkommen. Er ist damit offen in das Lager der SPD. gerückt und wird wohl auch bald dort landen, genau wie der berüchtigte Mehlhose von Loewe, nachher in Eberswalde im Galopp zur Barmatpartei ging.

Wie weit übrigens die Führer der KPD. ihre Posten hinter dem Rücken der Arbeiter mit den Kapitalisten verschachern, was nur ein an Verfolgungswahn leidendes Gehirn haben kann, wird allerdings erst noch die Geschichte beweisen. Fest steht jedoch schon heute, und dieses der „Roten Schwindel-Fahne" zur Genugtuung, daß Koenen von Barmat noch nicht allzuhoch eingeschätzt wurde. Doch was nicht ist, kann noch werden, und durch die Gewerkschaftsparole steigen die KPD.-Götter ohne weiteres im Preis bei dem Klassenfeind.

Uebrigens wartet das klassenbewußte Proletariat noch immer auf das Resultat des Untersuchungsausschusses im Fall Koenen-Barmat.

An die Leser der „Roten Fahne" müssen wir nun dieselbe Aufforderung richten, derer sich jeder Arbeiter beim Lesen des Stampfers-Organs befleißigen muß:

„Achtung! Mit äußerster Vorsicht genießen."

Achtung! Postbezieher!

Dieser Nummer liegen Zahlkarten bei. — Wir ersuchen, den fälligen Betrag für empfangene Zeitungen umgehend einsenden zu wollen. Wir weisen erneut darauf hin, daß Rückstände von mehr als vier Nummern sofortige Einstellung der Belieferung zur Folge haben. Genossen, denkt daran, daß es Eure Zeitung ist, deren Erscheinen Ihr durch nachlässiges Abrechnen in Frage stellt.

Darum, Genossen, kommt pünktlich Euren Pflichten nach.

Soeben erschienen! Soeben erschienen!

„Proletarier"

Zeitschrift für revol. Klassenkampf.

Heft 6. Preis 0,30 Mk.

Aus dem Inhalt: Die Perspektive des Kapitalismus. Taylor und Fordismus. Ueber die Frage Partei oder Klassendiktatur. Klassenmoral, die Stütze des proletarischen Selbstbewußtseins. Im Zeichen des Kreuzes. Weintrauben. Bibliographie.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder direkt von der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauerstraße 49.

Mitteilungen

Druckfehlerberichtigung.

In dem Artikel „Der deutsche Arbeiter als Weltkuli", in der „KAZ.", Nr. 28, ist ein Druckfehler unterlaufen. Es muß dort heißen: **Der Gesamtpreis beträgt 99 500 Pfund. Das englische Angebot belief sich auf rund 150 000 Pfund, ein amerikanisches auf 120 000 Pfund.**

GROSS-BERLIN.

Achtung! Kombinierte Sitzung!

Am Freitag, den 17. April 1925, abends 7 Uhr, findet in der Schule Gipsstraße eine wichtige kombinierte Sitzung statt. Alle in Frage kommenden Genossen haben unbedingt zu erscheinen!

Achtung! Bezirksführer! Die Sitzungen der Bezirksführer finden künftig stets Dienstags statt. Die nächste Zusammenkunft ist am Dienstag, den 21. April, abends 7 Uhr, an bekannter Stelle.

Achtung! Pressekommission! Die Sitzungen der Pressekommission findet von jetzt ab immer Montags an bekannter Stelle statt. Die nächste Zusammenkunft ist am Montag, den 20. April.

Verantwortl. Red. und Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Lange Straße 79.

Abonnements-Annahme-Stellen für die KAZ. in Groß-Berlin:

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Straße 28, Hof III.
„ Szomoru, Moabit, Berlichingen-Straße 10.
„ B. Gesciski, Nöroweer Straße 40, Laden.
Osten: K. Herold, Lichtenberg, Thürschmidtstraße.
„ **Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.**
Süden: A. Fischer, Neukölln, Zieten-Straße 71.
„ Karl Volgt, SO, Grünauer Straße 7.
„ Georg Otto, Tempelhof, Friedrich-Franz-Straße 17.
Südwesten: Tuschling, Möckernstraße 112.
Centrum: J. Schurl, Brickenstraße 6.
Adlershof: Max Sommer, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Straße 43.
Bohnsdorf: Herm. Pohl, Apollo-Straße 16.
Charlottenburg: H. Kues, Wallstraße 23.
Cöpenick: W. Helland, Schönerlinder Straße 9.
Grünau: Karl Plötzer, Cöpenicker Straße 92.
Karlshorst: Klumpp, Dönhofstraße 28, Gth.
Königswusterhausen: Kühnel, Luckenwalder Straße 39.
Nowawes: Hermann Weiß, Augustsstraße 39.
Pankow: Hans Liepe, Damerow-Straße 45.
Rosenthal: Th. Jähnicke, Edelweißstraße 36 II.
Schöneberg: Hugo Otto, Hauptstraße 14.
Weißensee: E. Schulze, Max-Steinke-Straße 43.

Bestell-Zettel X

Ich bestelle hiermit die

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name:

Ort:

Straße: Nr.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49,** zu senden.

6. Jahrg. Nr. 30

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

April 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 Geschäftsstelle für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Der große Massenfang

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Der große Wahlrummel, zweite Auflage, hat begonnen. Die Schreibkulis vom Pressesumpf des Parlamentarismus müssen von neuem ihre Kunst aufbieten, die Massen von der Notwendigkeit dieses Theaters zu überzeugen. Was beim ersten Akt noch versteckt blieb, muß nun aus den untersten Ecken der Schmutzkästen hervorgezaubert werden, um den Gegner damit zu vernichten. Der Kampf um die beiden Gegenkandidaten des Groß- und Kleinbürgertums muß unbedingt mit allen Mitteln der Volksverdummung eine Lösung finden. Hie Hindenburg-Republik. — hie Marx-Republik. — wer wird den Sieg erringen und das Volk aus den Dreck ziehen.

Hie Monarchie, hie Republik, versucht die Presse der SPD. und der KPD. die Erklärung zu bringen. „Kein einziger Proletarier darf diese Entscheidung versäumen, es gilt die eigene Zukunft, die Rettung!" Wie sie sich da streiten, die großen Massenorganisationen des Proletariats, obwohl sie genau wissen, daß sie nur den Lakaien der Gesamt-Bourgeoisie spielen.

Aber sie müssen schreien, ganz gleich für wen, denn sie sind ein Stück des Parlamentarismus, das gezwungen ist, jeder Wahlenthaltung entgegen zu treten. Schreien aus Leibeskräften gegen Hindenburg, denn sie rechnen sich ja zu dem Linksblock, ganz gleich, ob die KPD. zum Schein noch eine Sondernummer liefert, Thälmann, den starken Zugkandidaten. Als Hauptsache gilt es zu verhindern, daß Hindenburg, „der treue Kriegskamerad Eberts" als Nachfolger Eberts an die Spitze dieser kapitalistischen Republik in den Sattel gehoben wird. Es gilt zu beweisen, daß Hindenburg nicht befähigt ist, diese Stelle einzunehmen, daß es sich nur um einen Arbeitervertreter handeln kann, der gewählt werden muß. Alle Seiten der einzigen Arbeiter-Zeitung, der „rosa-roten Fahne", sind vollgeschmiert mit diesen Metzgen, nicht minder die Seiten des „Vorwärts", des künftigen Bruderorgans in der großen Einheitsfront Amsterdam-Moskau.

Diese goldene Einheitsfront beweist sich auf der ganzen Linie der 3. Internationale. Sie ist die Linie der Sozialdemokratie, die die kleinbürgerlichen Massenfänger im Parlamentarismus.

In Frankreich in der neuen Parallelkrise des Reichsparlaments bringt sie dasselbe zum Ausdruck. Die „Rote Fahne" vom 17. April schreibt:

„Die Kommunistische Partei sieht die Entwicklung, die kommenden Vorstöße gegen die Nichtbesitzenden voraus. Sie hat an die sozialdemokratischen Arbeiter („nicht, wie die bürgerlichen Quellen irrtümlich meldeten, an die sozialdemokratische Parteileitung") einen Offenen Brief gerichtet, in dem sie aufgerufen werden, im Kampf gegen den reaktionären Senat, gegen die Vorherrschaft der Großbanken, gegen die wachsende Faschistengefahr, gegen die ausplündernde Inflationspolitik, für eine ausgiebige Kapitalsabgabe des Großkapitals, für eine Arbeiter- und Bauernregierung die Einheitsfront der Werktätigen zu schließen."

Also die Einheitsfront der sozialdemokratischen Massen gegen einen bürgerlichen Sachverwalter des kapitalistischen Staates, für einen proletarischen Lakaien derselben Staatsordnung. Arbeiter- und Bauernregierung usw., wie alle die schönen Klänge lauten, die den Arbeitern die Werbetrommel entgegenrührt.

Das, was die KPD. den SPD.-Arbeitern Frankreichs entgegenruft, ruft der „Vorwärts" der KPD. zu:

„Nichts könnte also törichter sein, als sich jetzt der Stimme zu enthalten, oder gar für die gänzlich aussichtslose Kandidatur Thälmann zu stimmen, jede nicht abgegebene Stimme, aber auch jede Stimme für Thälmann bedeutet die direkte Unterstützung Hindenburgs. Der ernste Augenblick für die Arbeiterschaft erfordert die Teilnahme am politischen Leben, erfordert die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte auf den einen, zunächst erreichbaren Punkt, und das ist die Sicherung der Wahl des Kandidaten der republikanischen Parteien, Wilh. Marx!"

Die Einheitsfront des proletarischen Stimmviehs wird geschaffen werden. Die Millionenmassen werden gefesselt an all die eingewurzelten Illusionen, den Kontrrenzwahlrummel wieder mitmachen. Die großen parlamentarischen Organisationen werden wieder einen großen Sieg gegen das Proletariat, gegen den Klassenkampf buchen können. So wird das Proletariat von der Erkenntnis abgehalten, wie auf der andern Seite mit ihm Schindluder getrieben wird.

Der politischen Offensive des Kapitals steht die immer größere Verdummung der Arbeiterklasse gegenüber. Massenfang und parlamentarische Parade, statt Sammlung und Organisation der Proletariermassen im Sinne der proletarischen Revolution, der Vernichtung des kapitalistischen Staates.

Ideologische Versumpfung im Parlamentarismus, statt Festigung des revolutionären Rätegedankens.

Das Kapital zeigt deutlicher wie je die ausgeprägte Klassenherrschaft. Den Illusionen des Proletariats, der demokratischen, parlamentarischen und gewerkschaftlichen Harmonieduselei stellt es den brutalen Kampf entgegen. Die illusionären, beruflichen Kleinstreiks beantwortet es mit großen, aber ganz systematischen Massenaussperrungen, wie augenblicklich in den Berliner Großbetrieben der Metallindustrie; und das Parlament, das nicht kapitalistische Interessen vertritt, oder den Kampf des Kapitals aufdeckt, ganz gleich ob bewußt oder unbewußt, wird seiner Funktion enthoben, wie das augenblicklich wieder in Frankreich der Fall ist. Rücksichtslos kann der Kapitalismus diesen Kampf führen, weil die Illusionen, die von den reaktionären Arbeiterorganisationen unter Amsterdam und Moskau die Zuspitzungen der Klassengegensätze, den Klassenkampf in jeder Beziehung verschleiern, den Kampfcharakter im Proletariat ertöten.

Nicht das Proletariat, die ungeschulte Masse der Arbeiterschaft ist Schuld an diesen Verhältnissen, der Selbstvernichtung der Arbeiterklasse, sondern die parlamentarischen, gewerkschaftlichen Organisationen, die sich an die Spitze des Proletariats gestellt haben, und das Proletariat durch alle ihre Massentangmanöver vom Klassenkampf ablenken.

Gegen diese Organe muß das Proletariat sich zu allererst wenden, um den Weg für die Schaffung der Räteorganisationen frei zu haben. **Nur mit den selbstgeschaffenen Klassenkampforganisationen kann sich das Proletariat von der Herrschaft des Kapitals befreien.**

Großes Attentat in Bulgarien

Die „Rote Fahne" meldet:

Sofia, 16. April. Anläßlich einer Trauerfeier des Zankoffregierungs um einen ermordeten General in der großen Kathedrale explodierte eine Höllenmaschine. Es werden 200 Tote und über 200 Verletzte gemeldet. Zar selbst und noch zwei Mitglieder seiner Regierung sollen schwer verletzt sein. Der Polizeipräfekt und der Bürgermeister von Sofia, sowie zahlreiche führende Politiker der Zankoffclique und hohe Militärs sind tot. Die Regierung ließ sofort den verschärften Belagerungszustand über das ganze Land verhängen. Die Grenzen nach dem Ausland sind vollkommen abgesperrt. In Sofia und dem ganzen Lande werden Massenverhaftungen vorgenommen.

„Die Regierung behauptet in ihrer offiziellen Mitteilung, daß es sich um einen „agrarkommunistischen" Anschlag handle. Die Attentäter seien „Kommunisten".

Die serbische Presse veröffentlicht einen Geheimbefehl der Zankoff-Regierung. In diesem Befehl wird unter dem Vorwand eines geplanten „Kommunistenaufstandes", der am 15. April ausbrechen sollte, die genaueste Registrierung und Überwachung aller Kommunisten, gewesener Mitglieder der Kommunistischen und Bauernpartei und sonstiger „verdächtiger" Elemente angeordnet. Es wird angeordnet, daß diese beim kleinsten Anzeichen von Unruhen sofort verhaftet, und die als „Führer" registrierten Personen ohne Untersuchung und Verhör sofort erschossen werden sollen. Die Familien der Betreffenden sollen ebenfalls ausgerottet, ihre Häuser angezündet und zerstört werden.

„Nach diesen vorbereiteten Maßnahmen der Banditenregierung ist zu erwarten, daß das Attentat in Sofia zum Anlaß genommen wird, um loyal in den Provinzen mit unzufriedener Bauernbevölkerung die angedrohten Maßnahmen zu verwirklichen.

Die Frankeninflation

Die französische Wirtschaft befindet sich etwa in dem Stadium, in dem sich die deutsche um 1922 herum befand. Die Wirtschaft ist „gesund", so „gesund", daß die einheimischen Arbeiter nicht ausreichen und rund 500 000 fremde Arbeiter ins Land gezogen werden mußten. Das deutsche Beispiel vor Augen, „kämpft" alles gegen die Inflation: Regierung, Finanz, Schwerkapital, Krämer, Sozialdemokratie und Gewerkschaften, jeder Proletarier einzeln; insbesondere der sehr große Rentnerstand, der sein Einkommen schwinden sah, wie jener betrübte Lohgerber, dem seine Felle wegschwammen.

Die „radikalsozialistische" Regierung Herriot erfüllte dem Schwerkapital und der Hochfinanz jeden Wunsch. Um sich Bundesgenossen im „Kampf gegen die Inflation" zu schaffen, warf sie ihnen Milliarden um Milliarden in den Rachen. Natürlich nicht, um sich die Saffiansessel zu erhalten und das Drum und Dran, sondern „im Interesse des Volkswohls". Die proletarischen Steuern ging es drauf, die Staatskassen leerten sich ohne sozialdemokratische Barmats, Kutiskers, Bauers, die Staatsfinanzen zerrütteten, die Preise stiegen, der Franken sank, man druckte Noten. Erst die Hunderttausende, dann Millionen, dann Milliarden um die schwindenden Umlaufmittel zu ergänzen. Denn der „Kampf gegen die Inflation kostet Geld und wiederum Geld. Um Geld zu bekommen für den Kampf gegen die Inflation gab die Regierung dem Saargebiet und Madagaskar eine eigene Währung und zog sie 400—500 Millionen Franken herr aus und — gab sie dem Schwerkapital als Darlehen! Daß Hochfinanz und Schwerkapital ein Interesse daran haben, die Milliardensummen „Darlehen" entwertet zurückzuzahlen, am besten, wenn man eine Lokomotive mit einem Zündholz bezahlen kann, diese Gedanken kamen den Herrgöttern, den „radikalsozialistischen" nicht. Denn kein Lakai traut seinem Herren eine Hinterhältigkeit zu. Für Milliarden kann man Offenheit verlangen. Und die Proletarier lehnten ihren „obligatorischen" Achtstundentag für ihre Gefolgschaft. Den dehnbaren, dyn im Prinzip, nicht den starren, versteht sich.

Während man im Parlament Wimpchen machte zur „Bekämpfung der Teuerung", während parlamentarische Arbeiterparteien und Gewerkschaften im Zahlennebel gegen die Inflation fochten, arbeitete Hochfinanz und Schwerkapital an der Entwertung des Franken. Wir kennen Ursache und Wirkung aus der demokratischen Republik preußischer Kohlen und können uns lange Analysen darüber ersparen. Das französische Kapital hat die Krallen im Nacken des deutschen Proletariats. Die Reparationen sind das A und O der französischen Wirtschaft. Die Reparationen selbstverständlich, die in Deutschland parlamentarische Arbeiterparteien und Gewerkschaften aus dem deutschen Proletariat schinden, nicht jene, die Frankreich selbst an Amerika zu leisten hat, ihm aber bewußt vorenthält. Wenn die „sozialistische" Regierung Herriot auch nicht weniger reaktionär war als die ultrareaktionärste Regierung irgend eines anderen Staates, so wirkte sie doch auf die kleinbürgerlich eingestellten Proletarier mit ihrem angeblich roten Lappen und machte sie begehrlich. Demgegenüber mußte Hochfinanz und Schwerkapital den Beweis antreten, daß Arbeiter, resp. ihre vermeintlichen Vertreter nichts vom Regieren verstehen. Man arbeitete gemeinsam an der Entwertung des Franken, steigerte seine Forderungen an den Staat um neue Notenemissionen zu erzwingen, führte Franken außer Landes, erzwang Steuerreduktionen und zahlte die reduzierten Steuern nicht!

Jeder der weiter sieht, als Gewerkschaften und Polizei es erlauben, sah lange voraus, wie der „Kampf gegen die Inflation" enden würde. Auch die Herriots und Konsorten sahen dies, glaubten sich aber der Stütze der Hochfinanz und des Schwerkapitals sicher, da sie ja in deren ausschließlichem Interesse arbeiteten, da sie die neuen Notenemissionen nur für die Industrie herausbrachten. Jeder, der kein ökonomischer ABC-Schütze ist, wußte, daß die ungedeckte Notengrenze überschritten sein mußte, und daß die Bank von Frankreich falsche Bilanzen herausgab. Sicher aber wußte dies die Regierung Herriot, die die Noten drucken ließ, und Hochfinanz und Schwerkapital, die die Noten bekamen, „im Interesse des Volkswohls" und des Pazifismus. Mit einem gegenseitigen sich-zu-blinzeln, System 3. Internationale, wurde